

aus Deutschland



„Als palästinensischer Flüchtling gilt jede Person, deren Wohnort Palästina zwischen dem 1.Juni 1946 und 15.Mai 1948 war, und die ihr Haus und ihren Wohnort aufgrund des Konflikts von 1948 verloren hat.“
(Definition der UN)

Stipendien-Aufenthalt im Libanon

Vom 13. August bis zum 13. November 2012

Die vergessenen Flüchtlinge

Von Diana Hodali

Libanon, vom 13. August bis zum 13. November 2012



Inhalt

1. Zur Person	355
2. Was geschah wann? Eine kleine Chronologie	355
3. Einführung	357
4. Ankunft in Beirut	358
5. Der Libanon im Spannungsfeld	360
6. Die Situation der Palästinenser	362
7. Die PLO - Was damals geschah	364
8. Kurzer Hoffnungsschimmer	366
9. Der Friedensprozess und die Auswirkungen	368
10. Heute im Libanon	369
11. UNRWA ist zuständig	370
12. Von einer Mission zu einer Botschaft	374
13. Die gute Seele will keinen libanesischen Pass	376
14. Perspektivlosigkeit überwinden	379
15. Rasha liebt die Kunst	381
16. Aspirin – das Allheilmittel	384
17. Vom Kämpfer zum Friedensaktivisten	385
18. Die humanitäre Hisbollah?	389
19. Die Brückenbauer	389
	351

20. Dreißig Jahre Sabra und Shatila	391
21. Umm Ahmed hat alles erlebt	392
22. Jeden Moment festhalten	393
23. Iman sucht das private Glück	395
24. Ein paar abschließende Gedanken	397

1. Zur Person

1976 in Bonn geboren, als Tochter palästinensischer Eltern. Zum Glück zweisprachig erzogen. Das Aufwachsen in der ehemaligen Hauptstadt war behütet. Und Köln war in der Nähe. In Düsseldorf habe ich dann Anglistik und Medienwissenschaft studiert – zwischendurch mal länger in London und Bethlehem gewesen. Nebenbei immer „was mit Medien“ gemacht, um dann meine Leidenschaft für das Radio (online ist auch ganz gut) zu entdecken. Für den Nahen Osten sowieso. Daher schreibe und rede ich am liebsten über ihn, meist bei der Deutschen Welle (schon seit 2001). Als Stipendiatin des IJP bin ich 2009 auch im Libanon gewesen. Dadurch wurde meine Hass-Liebe für dieses Land geweckt. Mittlerweile bin ich auch Journalismus-Trainerin der DW-Akademie in Bonn und verreise daher oft in den Nahen Osten und nach Nordafrika.

Ich habe nie im Westjordanland oder Gaza gelebt. Und meine Eltern sind auch nicht geflohen – vielmehr gegangen, weil sie nach mehr Sicherheit gesucht haben. Ich weiß also nicht, wie es ist, unter einer Besatzung zu leben, oder wie es ist in einem Flüchtlingslager aufzuwachsen. Ich bin das was man politisch-korrekterweise als eine Deutsche mit palästinensischen Wurzeln bezeichnet. Und das stimmt wohl auch. Deutsch und palästinensisch. Palästina ist mir wichtig, die Kultur, die Menschen, die Politik. Alles. Daher wollte ich in das Land, in dem es den Palästinensern am Schlechtesten geht: in den Libanon.

2. Was geschah wann? Eine kleine Chronologie

1943: Der Libanon erlangt die Unabhängigkeit von Frankreich, möchte sich weiter öffnen und sich nicht am Panarabismus beteiligen.

1947: Am 29. November beschließt die UN einen Teilungsplan, bei dem die Palästinenser nur rund 40 Prozent der Landesfläche erhalten sollten. Der Plan wird seitens der Araber abgelehnt. Die erste Fluchtwelle der Palästinenser in die Nachbarländer beginnt.

1948: Fünf arabische Staaten greifen Israel unmittelbar nach der Staatsgründung an werden aber von Israel zurückgeschlagen. 750.000 Palästinenser werden durch den Krieg zu Flüchtlingen. Ihr Eigentum und ihr Landbesitz werden von Israel konfisziert, arabische Siedlungen werden zerstört. Vor und nach der Ausrufung des Staates Israel verlieren geschätzte 750.000 Palästinenser ihre Heimat. Menschen werden vertrieben. Die Palästinenser

aus dem Norden des Landes flüchten überwiegend in den Libanon. Dort werden sie auf 12 Flüchtlingslager aufgeteilt, nur wenige Wohlhabende werden eingebürgert.

Ende 1948 wird UNO-Resolution 194 verabschiedet, die den palästinensischen Flüchtlingen ein Rückkehrrecht zusichert.

1950: Gründung des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen für die Palästinenser UNRWA, um Palästinensern bis zur Klärung der Palästinafrage beizustehen und sie zu versorgen.

1959: Jassir Arafat gründet zusammen mit drei anderen palästinensischen Studenten die Fatah, die sich den „bewaffneten Kampf zur Befreiung Palästinas“ zum Programm macht.

1964: Auf Initiative der Arabischen Liga wird die „Palestinian Liberation Organization“ (PLO) im jordanischen Ostjerusalem gegründet mit den beiden grundlegenden Zielen der arabischen Einheit und der Befreiung Palästinas.

1967: Sechstagekrieg. Israel besetzt das Westjordanland, die ägyptische Sinaihalbinsel und den Gazastreifen.

1968: Fatah und PLO vereinigen sich.

1970: Nach einem Aufstand gegen die jordanische Regierung (Schwarzer September) wird die PLO aus Jordanien vertrieben und geht in den Libanon. Schon zuvor, aber besonders ab diesem Zeitpunkt operiert die PLO aus dem Libanon heraus gegen Israel. Obwohl die palästinensischen Flüchtlinge zwar nicht als gleichberechtigte Bürger im Libanon lebten, gab ihnen die PLO ein Gefühl von Sicherheit.

1975: Beginn des libanesischen Bürgerkriegs. Es kommt zum Ausbruch offener Gefechte zwischen den maronitischen Kataib (auch Phalangemilizen genannt) und palästinensischen und libanesisch-muslimischen Milizen.

1982: Im Sommer kommt es zur Invasion des Libanon durch die israelische Armee; im September geschehen die Massaker von Sabra und Shatila durch israelische und christlich-libanesischen Milizen. Die palästinensischen Führer verlassen daraufhin Beirut und gehen nach Tunis ins Exil. Die Situation wird für die Palästinenser ohne Rückhalt der PLO im Libanon noch schwerer.

1990: Nach 15 Jahren endet der libanesischer Bürgerkrieg.

1992: Arafat unterzeichnet das Abkommen von Oslo – die palästinensischen Flüchtlinge werden dabei nicht berücksichtigt. Die libanesischer Regierung ist enttäuscht. Eine anti-palästinensischer Rhetorik wird deutlich, Palästinensern wird das Reisen erschwert.

2001: Der damalige libanesischer Ministerpräsident erlässt ein Gesetz, das Palästinensern und Ausländern den Erwerb von Eigentum verbietet.

2005: der libanesischer Ministerpräsident Rafik Hariri wird ermordet. Die Hisbollah steht bis heute unter dem Verdacht, dahinter zu stecken.

2006: Im Sommer kommt es zum Krieg zwischen der Hisbollah und Israel.

2010: Angeblich sollen die Palästinenser im Libanon das Recht auf Arbeit in akademischen Berufen erhalten, de facto wurde das Gesetz nie implementiert. Sie werden weiterhin schlechter bezahlt, können keine akademischen Berufe ausüben und auch keine Berufe, bei denen man Mitglied in einer Gewerkschaft sein muss.

2011: Beginn des Krieges im Nachbarland Syrien, immer mehr Flüchtlinge kommen in den Libanon, leben in palästinensischen Lagern. Die Infrastruktur des Landes ist überlastet.

3. Einführung

Kriege, Konflikte und Naturkatastrophen haben viele Menschen überall auf der Welt dazu gezwungen ihr Land zu verlassen, zu flüchten. Oft helfen die betroffenen Länder so gut sie können oder aber die internationale Gemeinschaft greift ihnen unterstützend unter die Arme. Seit über 65 Jahren leben im Libanon palästinensischer Flüchtlinge. Der Libanon duldet sie lediglich – um alles andere müssen sich verschiedene Organisationen wie die UNRWA (engl.: United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East - UNRWA) – das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen für die Palästinenser – kümmern. Sie versuchen die Lebenssituation der Palästinenser im Libanon zu verbessern. Doch das Problem der palästinensischer Flüchtlinge ist in vielerlei Hinsicht vielschichtiger, komplizierter und historisch auch eines der schwierigsten Flüchtlingsprobleme. Überhaupt erst in den vergangenen Jahren ist das Bewusstsein für

die Flüchtlingsfrage der Palästinenser in das Bewusstsein der internationalen Gemeinschaft gerückt. Und in den vergangenen zwei Jahren auch wieder aus dem Bewusstsein der Medien und der Gesellschaft verschwunden, weil es andere große Flüchtlingskatastrophen gibt, wie die der Syrer, die im Zuge des so genannten Arabischen Frühlings versuchen, dem Bürgerkrieg in ihrem Land zu entkommen. Wenn es dann doch um die Palästinenser geht, sei es aufgrund der immer wieder scheiternden Friedensgespräche, dann konzentriert sich die Berichterstattung immer auf den humanitären Aspekt der Flüchtlingsproblematik. Unter welchen Bedingungen leben die Palästinenser in den Lagern? Wie kann man ihre Situation verbessern?

Das ist alles wichtig und gut. Doch dabei wird oft die politische Dimension dieses Konflikts ausgeklammert. Und bei den Gesprächen mit den Palästinensern in den Camps im Libanon wurde mir klar, dass sie das Gefühl haben, dass es niemanden mehr gibt, der sich darum bemüht, die Wurzel dieses Problems anzugehen – das Rückkehrrecht zu erwirken, das ihnen die UNO-Resolution 194 zuspricht. Warum habe ich mich also dazu entschlossen, in den Libanon zu reisen? Da gibt es mehrere Gründe: Der Libanon hat in den vergangenen Jahren eine politisch unbeständige Zeit erlebt und erlebt sie auch immer noch. Da gab es die Ermordung von Ex-Ministerpräsident Rafik Hariri 2005. Da gab es den Krieg zwischen Israel und der schiitischen Hisbollah im Sommer 2006. Und da gab es den Sturz der Saad Hariri Regierung im Januar 2011 und den Rücktritt des Ministerpräsidenten Nadschib Mikati: Auf der anderen Seite gilt der Libanon als modernes Land, in dem die Golfaraber und die Rückkehrer jetzt das Land wieder aufbauen. Der Tourismus boomt – teilweise zumindest, denn der Syrienkrieg hält viele Touristen davon ab, in den Libanon zu reisen. In diesem Spannungsfeld leben aber auch die über 330.000 palästinensischen Flüchtlinge, die nach wie vor diskriminiert werden - obwohl das Land als eines der Ersten die Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen unterzeichnet hat. Kaum ein Land in der Region ist so voller Widersprüche und Ambivalenzen wie der Libanon. Ich bin in den Libanon gereist, weil ich selber sehen wollte, wie die Situation der Palästinenser ist, aber auch weil sich hier die politische Dimension des großen Nahost-Konflikts am deutlichsten zeigt. Aber ich bin auch in den Libanon gereist, um das Verhältnis zwischen dem Gastgeberland und den Palästinensern zu hinterfragen. So viel vorweg: Es ist sehr schwierig und vorbelastet.

4. Ankunft in Beirut

Ich bin in einer Zeit in Beirut angekommen als 20 Menschen entführt

wurden, eine Air France Maschine daher (absurderweise), weil angeblich sicherer, nach Damaskus umgeleitet wurde und im Nordlibanon Gefechte zwischen Assad-Anhängern und Assad-Gegnern herrschten. Von all dem bekomme ich auf den ersten Blick in der Hauptstadt Beirut nicht wirklich etwas mit. Die Cafés sind voll, die Clubs auch, und es gibt sogar ein paar Touristen (allerdings nicht ganz so viele). Wenn ich aber genauer hinschaue, dann trügt der Schein. Tamara will nach Frankreich, Stephanie und Mohamed nach Deutschland und Wissam in die USA. Rette sich, wer kann – so klingt das zumindest. Jeder, der im Ausland einen Freund oder Verwandte hat, versucht den Libanon zu verlassen. 15 Jahre Bürgerkrieg waren genug. Man habe es satt, sagen mir alle. Und fast alle haben Sorge vor einem neuen Krieg im Zedernstaat. Bis dato hat es die libanesische Regierung zwar geschafft (durch das Nichtpositionieren) den Bürgerkrieg in Syrien aus dem Land heraus zu halten, aber das alles kann auch eine Frage der Zeit sein. So genau weiß man das nicht. Aber das ist es nicht nur. Vor drei Jahren war ich schon einmal hier. Damals waren gerade viele Heimkehrer nach Beirut gekommen. Die Generation, die in Dubai, Montreal oder Paris studiert hat und voller Elan in den Libanon zurückgekommen ist. Es gab eine Aufbruchsstimmung, Jobs, eine Perspektive. Doch davon ist heute nicht mehr viel übrig geblieben. Die Gehälter sind niedrig, die Lebenshaltungskosten sehr hoch, jeden Tag fällt mindestens drei Stunden der Strom aus und dazu kommt die Situation im Nachbarland Syrien. Irgendwie verständlich, dass einige das Land verlassen wollen. Ich bin allerdings froh hier zu sein. Sehr froh. Und freue mich auf meine Recherche.

Auf eine ganze Reihe von Fragen versuche ich jetzt also im Zedernstaat Antworten zu finden: Wie erleben die Palästinenser die Unterdrückung im Libanon? Wie sieht ihr Zusammenleben mit den Libanesen aus? Würden sie nach Palästina zurückkehren, obwohl sie schon seit drei Generationen im Libanon leben? Welche Verantwortung hat der Libanon? Diese Fragen stelle ich mir immer wieder und ich wollte gerne Antworten finden – aber die bekomme ich eben nur im Land selber. Ebenso viel vorweg: Ich habe nicht auf alle meine Fragen Antworten gefunden. Ich habe viele interessante Menschen getroffen, habe viel Zeit in den Flüchtlingslagern „Burj el Barajne“ und „Shatila“ verbracht und werde darüber, exemplarisch, schreiben. Weil ich aber auch denke, dass die Menschen für sich selber sprechen sollten, habe ich beschlossen, zwei meiner geführten Interviews auch als solche wiederzugeben. Um die Komplexität der Situation zu verstehen, musste ich auch einige historische und politische Ereignisse zusammenfassen.

5. Der Libanon im Spannungsfeld

Der Libanon – „die Schweiz des Nahen Ostens“ oder „das Paris des Nahen Ostens“ – kaum ein Artikel, der über den Libanon geschrieben wird, beginnt nicht mit diesem Vergleich. Dabei erinnert man sich vor allem an die vielen internationalen Filmstars, die im Beirut der 1960iger Jahre ihren Urlaub am Strand verbrachten. Doch besonders in den letzten Jahren war der Libanon eigentlich eher eine krisengebeutelte Region: Erst wurde 2005 der damalige Ministerpräsident Rafik al-Hariri bei einem Attentat ermordet. Dann startete 2006 die Hisbollah vom Libanon aus wegen der Ermordung ihres Anhängers Mahmoud Majzoub Raketenangriffe auf Militärfahrzeuge und eine Militärbasis in Israel. Israel reagierte mit Luftangriffen. Es folgte ein Krieg, bei dem mehr als 1.100 Libanesen getötet wurden. Auf israelischer Seite kommen nach UN-Angaben über 40 Zivilisten durch die Raketenangriffe der Hisbollah auf Nordisrael ums Leben. Die Hisbollah gilt als der libanesische Widerstand gegen Israel. Erst die UNO-Resolution 1701 kann dem Krieg ein Ende setzen. Sechs Minister treten im November 2006 zurück, es folgen Demonstrationen der Opposition und eine anhaltende Regierungskrise. Erst mit dem Doha-Versöhnungsabkommen und der Wahl von Ex-Armeechef Michel Suleiman zum Präsidenten wird die Staatskrise im Mai 2008 beendet. Im November 2009 wird der Sohn des ermordeten Rafik Hariri, Saad Hariri, als neuer Premier vereidigt - sein pro-westliches Lager „14.März“ hat bei den Parlamentswahlen die Mehrheit behaupten können. An der Regierung ist auch die Hisbollah beteiligt. Sie bringt die Koalition schließlich am 11. Januar 2011 zu Fall, als sie erklärt, ihre Minister aus dem Kabinett abzuziehen. Der Grund: Saad Hariri habe sich nicht von dem UNO-Tribunal distanziert, das den Mord an seinem Vater aufklären soll und dabei auch die Hisbollah im Visier hat. Seither wird der Libanon von der Hisbollah und ihren Verbündeten, die seit Juni 2011 die Regierung stellen, regiert.

Schließlich aber hat der Syrienkonflikt zum Auseinanderbrechen der derzeitigen Regierung im Libanon geführt. Präsident Michel Suleiman nahm kürzlich den Rücktritt der pro-syrischen Regierung von Ministerpräsident Nadschib Mikati an. Bis zur Bildung einer neuen Regierung soll Mikati jedoch im Amt bleiben. Das bisherige libanesische Kabinett hatte sich angesichts des immer brutaler werdenden Bürgerkriegs im Nachbarland zunehmend gespalten gezeigt. Aktuelle Gründe für den angekündigten Rückzug Mikatis waren Auseinandersetzungen im Kabinett um ein neues Wahlgesetz und um den Geheimdienstchef Rifi.

Die Opposition sieht in Rifi – der eigentlich in den Ruhestand gehen soll

– einen Garanten für ihre Sicherheit. Auch Ministerpräsident Mikati hatte befürwortet, dass Rifi zumindest bis zur Parlamentswahl am 9. Juni noch im Amt bleibt. Die Hisbollah und ihre Verbündeten lehnten das aber ab. Der Libanon ist zwar eine parlamentarische Demokratie, doch die innenpolitische Lage ist aufgrund des Konfessionalismus sehr komplex und wenig stabil. Seit der Gründung des Zedernstaates wird das politische Leben von einem konfessionellen Proporz-System beherrscht. Insgesamt 18 Konfessionen sind offiziell anerkannt. Es dominieren drei große Gruppen: die maronitischen Christen sowie die sunnitischen und die schiitischen Muslime. Zwischen ihnen herrscht eine institutionalisierte Machtbalance, die auch im Abkommen von Taif noch einmal festgeschrieben wurde. Dieser Vertrag aus dem Jahre 1989 bereitete nach 15 Jahren erbitterter Kämpfe das Ende des Bürgerkrieges im Libanon vor. Der Staatspräsident muss demnach maronitischer Christ sein, der Regierungschef ein sunnitischer und der Parlamentspräsident ein schiitischer Muslim. Den kleineren Religionsgruppen werden gewisse Kontingente von Parlamentssitzen garantiert. Die Geschichte des Libanon zeigt: Das Land ist geprägt von einem Wechsel zwischen Phasen friedlicher Machtteilung und erbitterten Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Nachbarländern.

Seit dem Abzug der syrischen Truppen aus dem Libanon 2005 hat sich das Land in zwei politische Lager aufgeteilt: Auf der einen Seite steht die „Bewegung des 8. März“, die vor allem von der schiitischen Hisbollah getragen wird. Sie ist eng mit dem Assad-Regime verbunden und sieht das Land als Teil einer Allianz gegen eine „israelisch-amerikanische Hegemonie“ im Nahen und Mittleren Osten. Ihre Koalitionspartner sind maronitische Christen. Ihr gegenüber steht die „Bewegung des 14. März“ von Ex-Ministerpräsident Saad Hariri. Sie gilt als pro-westlich und ist besonders seit der Ermordung des ehemaligen Ministerpräsidenten Rafik Hariri ein Gegner des syrischen Regimes. Die pro-westliche Opposition um Saad Hariri betrachtet die Hisbollah als Gefahr für die äußere und innere Sicherheit und warnt vor neuerlicher Verwicklung in regionale Konflikte. Und in regionale Konflikte ist der Libanon schon seit vielen Jahren verwickelt – mit Syrien und mit Israel. Besonders im Moment sieht sich der Libanon mit der syrischen Flüchtlingsfrage konfrontiert.

Die Bevölkerung des Libanon hat seit Beginn des Bürgerkriegs in Syrien Sorge davor, dass der Konflikt auf ihr Land übergreift. Denn der seit zwei Jahren währende Krieg in Syrien war zuletzt immer wieder über die Grenzen des Landes getragen worden. Die libanesische Regierung hat bislang - mit ziemlich großem Erfolg - die Lage im eigenen Land stabil gehalten, sind

Experten sich einig. Dabei sind beide Länder eng miteinander verbunden. Hunderttausende Syrer lebten bereits vor Beginn des Krieges als Gastarbeiter im Zedernstaat. Seither sind Hunderttausende Flüchtlinge hinzugekommen. Erst kürzlich verkündete der libanesischer Ministerpräsident Nadschib Mikati, dass es zwischen dem Libanon und Syrien keine Probleme gebe. Seit Beginn der Proteste in Syrien hat sich Mikati, der lange Zeit als Syrien-nah galt, bemüht neutral zu bleiben. Flüchtlingslager wolle man aber für syrische Flüchtlinge nicht einrichten, so der UNHCR. Auch Mikati will das nicht. Über die Gründe wird derzeit spekuliert, aber Experten gehen davon aus, dass die Regierung nicht wie bei den Palästinensern permanente Lager einrichten wolle. Zu groß sei die Sorge davor, dass die Flüchtlinge bleiben.

Innerhalb des Landes schwelt nämlich schon seit der Staatsgründung Israels der Konflikt mit den palästinensischen Flüchtlingen. Die Palästinenser leben zwar schon seit ihrer Flucht und Vertreibung dort, zum Teil bereits in der dritten Generation. Sie sind im Libanon aber nur Gäste.

6. Die Situation der Palästinenser

Die Präsenz der Palästinenser im Libanon geht auf den ersten arabisch-israelischen Krieg im Jahre 1948 zurück (die ersten Palästinenser flüchteten aber schon 1947). Dieser Waffengang, der den Israelis einen eigenen Staat einbrachte, ist den Palästinensern als „Nakba“ in Erinnerung, als die „Katastrophe“. 1948 verloren geschätzte 750.000 Palästinenser durch Flucht und Vertreibung ihre Heimat. Im Libanon suchten vor allem diejenigen Zuflucht, die im Norden ihrer alten Heimat gelebt hatten: in Haifa, Akko, Nazareth und den Dörfern der Umgebung. Gesetze enteigneten daraufhin die „abwesenden“ Palästinenser und machen sie, bis heute, zur weltweit größten Flüchtlingspopulation. Obwohl sie gemäß des Völkerrechts und der UNO-Resolution 194 ein Rückkehrrecht besitzen, dürfen sie nicht mehr zurückkommen – Israel verweigert ihnen die Einreise. Das Anrecht auf Kompensation wurde bis heute auch nicht umgesetzt. Der Aufenthalt in den libanesischen Flüchtlingscamps war als Übergangslösung gedacht, bis zur erhofften baldigen Rückkehr - doch die Geschichte des Nahen Ostens verlief anders: Aus dem Provisorium wurde ein Dauerzustand, die Camps wurden zur ungewollten neuen Heimat. Ein Großteil der palästinensischen Flüchtlinge lebt heute in den Nachbarländern. Die Flüchtlingsproblematik spielt seither eine wichtige Rolle bei der Friedensfindung zwischen Israel und den Palästinensern – die Gespräche scheitern oft genau daran (und natürlich auch an der Jerusalem-Frage). Und weil Israel ihnen die Rückkehr

verweigert, kümmert sich das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen für die Palästinenser (kurz: UNRWA) um die Versorgung der palästinensischen Flüchtlinge in jedem arabischen Land, in dem sie sich aufhalten. Die UNRWA wurde 1950 als eine Organisation auf Zeit gegründet, die den Flüchtlingen/Vertriebenen bis zur Regelung der Palästinafrage beistehen sollte. Ihre Tätigkeit bestand zunächst in der Bereitstellung von Nothilfe, also Lebensmitteln, Unterkünften, Kleidung und der wichtigsten medizinischen Versorgung. Das Hilfswerk der Vereinten Nationen war als temporäres Hilfsprogramm der Vereinten Nationen ins Leben gerufen worden. Seit seiner Gründung wird das Mandat des Hilfswerks regelmäßig um drei Jahre verlängert (zuletzt bis zum 30. Juni 2014). Der Hauptsitz von UNRWA war zunächst in Beirut, wurde 1978 aufgrund des Bürgerkrieges im Libanon nach Wien und 1996 weiter nach Gaza und Amman/Jordanien verlegt. In jedem Land haben die Flüchtlinge unterschiedliche Lebensbedingungen: So genießen sie in Syrien die gleichen wirtschaftlichen Rechte wie die Syrer selbst. Flüchtlinge aufgrund des Bürgerkriegs in Syrien in den Libanon, weil sie zwischen die Fronten geraten sind: Die oppositionellen Kämpfer werfen ihnen vor, dem Assad-Regime nahe zu stehen. Das syrische Regime verdächtigt sie die Gegenseite zu unterstützen, erst recht seit der Hamas Führer Khaled Maschaal, der dort lange im Exil gelebt hatte und gute Kontakte zum Assad-Regime gepflegt hat, Syrien verlassen hat und sich seither von dem Regime distanziert. In Jordanien bekommen sie Reisepässe, dürfen wählen und sind sogar an der Regierung beteiligt. Im Libanon aber bleibt die Behandlung der Palästinenser durch die Libanesen weit hinter denen in anderen arabischen Staaten zurück. Sari Hanafi, Professor für Soziologie an der amerikanischen Universität von Beirut und von 2000 bis 2004 auch Leiter des palästinensischen Flüchtlings- und Diaspora Zentrums „Sham!“ in Ramallah, sagt, dass die palästinensischen Flüchtlinge im Libanon doppelt diskriminiert werden: Einmal durch die israelische Regierung, die ihnen die Rückkehr verweigert und Resolution 194 ignoriert. Und auf der anderen Seite durch die libanesische Regierung, die ihnen die grundlegenden Menschenrechte verwehrt. So Hanafi.

Etwa vier Millionen Menschen leben heute in dem Zedernstaat. Dazu kommen die über 460.000 bei UNRWA registrierten palästinensischen Flüchtlinge, von denen etwa 330.000 tatsächlich im Libanon leben sollen. Knapp 60 Prozent von ihnen sind in einem der zwölf Flüchtlingslager im Libanon untergebracht, die restlichen haben in frühen Jahren Wohnungen außerhalb der Camps gefunden. Doch die UNRWA-Statistik ist nicht vollständig, da sie nur jene Palästinenser berücksichtigt, die bis 1952 ins Land gekommen sind. Diejenigen, die zwischen 1952 und 1960 in den Zedernstaat flohen, wurden nicht registriert. Einige gelten sogar als „undocumented“, sind also

weder registriert, noch haben sie gültige Papiere und leben in illegalen Siedlungen. Palästinenser im Libanon brauchen wie andere Ausländer für alle Berufe eine Arbeitserlaubnis. Dazu kommt: 30 Berufe, vom Ingenieur und Apotheker bis zum Friseur, dürfen nur von Mitgliedern der jeweiligen Berufsverbände ausgeübt werden. Dort können Palästinenser jedoch nicht Mitglied werden. Der Zugang ist nur Libanesen vorbehalten und zudem gilt im Libanon das Prinzip der Gegenseitigkeit: Ausländer können nur dann Mitglied einer Gewerkschaft werden, wenn Libanesen in deren Herkunftsstaat in diesem Beruf arbeiten dürfen. Zwar wurde Palästina jüngst als Staat in die UNESCO aufgenommen, hat den Beobachterstatus in der UN-Vollversammlung, aber die Anerkennung eines palästinensischen Staates durch den Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen blieb bisher aus. Die Palästinenser im Libanon dürfen seit einigen Jahren kein Eigentum mehr erwerben, weder Land noch Immobilien. Außerdem genießen sie keinen Versicherungsschutz und werden, wenn sie angestellt werden, bei gleicher Qualifikation schlechter bezahlt als ihre libanesischen Kollegen. Nirgendwo auf der Welt haben die palästinensischen Flüchtlinge weniger Rechte als im Libanon, sagt der UNRWA-Direktor im Libanon, Roger Davies. Und auch die Integration in die libanesische Gesellschaft bliebe bis heute ein Problem.

7. Die PLO - Was damals geschah

Um zu verstehen, wie sich das libanesisch-palästinensische Verhältnis entwickelt hat, muss man einen Blick auf das politische Klima der damaligen Zeit werfen. Als die palästinensischen Flüchtlinge 1948 in den Libanon geflohen sind, hat die damalige politische Führung unter den christlichen Maroniten nicht alle Flüchtlinge aufnehmen wollen. Eine große Anzahl ist nach Syrien weitergereist. Die, die im Libanon geblieben sind – das sind etwa 100.000 – wurden in zwei Gruppen unterteilt: Die Palästinenser aus den ländlicheren, ärmlicheren Gebieten haben von der libanesischen Regierung Flüchtlingspässe bekommen und sind in die jeweiligen Flüchtlingslager gebracht worden. Die wohlhabenden Flüchtlinge wurden in die Gesellschaft integriert und haben sogar libanesische Pässe bekommen. Daher gibt es heute einige wenige Palästinenser, die libanesische Staatsbürger sind und die ihre Pässe auch an ihre Nachkommen weitergeben können. Firas ist so jemand. Der 34-jährige und seine Familie kommen ursprünglich aus der Nähe von Haifa. Er hat einen libanesischen Pass, Kontakt zu Palästinensern aus den Lagern hat er nicht. Seine Freunde sind größtenteils Libanesen. Er darf daher auch jeder Arbeit im Libanon nachgehen. Firas ist Englischlehrer.

Alle christlichen Palästinenser wurden damals von den muslimischen ge-

trennt und in drei Camps nahe der Hauptstadt Beirut untergebracht. Da der Libanon eine Politik der Nicht-Einmischung bevorzugte, um auch attraktiv für Investoren zu bleiben, betrachteten sie die Palästinenser als Sicherheitsproblem. Um eventuellen Gefahren vorzubeugen, wurden die zwölf Lager in den 1950er und 1960er Jahren von der libanesischen Regierung kontrolliert: Es gab keine Bewegungsfreiheit, keine freie Meinungsäußerung, alle sozialen und politischen Aktivitäten mussten von der libanesischen Regierung erst genehmigt werden. Die Lager wurden als Unsicherheitszonen gesehen, in denen die Lage jederzeit explodieren konnte. Das so genannte „Zweite Büro“ des Geheimdienstes und die Sicherheitspolizei haben ihre Präsenz daraufhin in den Lagern ausgebaut, um alle Flüchtlinge zu kontrollieren und besonders die politisch aktiven zu beobachten. Abu Wassim leitet eine Jugendeinrichtung im Flüchtlingslager Burj el Shamali im Süden des Libanon. Er war noch ein kleines Kind, als er in den Libanon kam. Er erinnert sich aber noch gut daran, dass es nicht erlaubt war nach 20 Uhr abends noch in den Straßen des Lagers unterwegs zu sein. Wer Gäste empfangen wollte, der musste sie beim „Zweiten Büro“ der Sicherheitspolizei anmelden, erklären, warum sie gekommen waren und wann sie wieder gingen. Auch der Besitz eines Radios, so erzählt er, wurde nicht jedem gestattet. Er und seine Familie hörten in den 1950-er Jahren besonders gerne das Programm „Sawt el Sha’ab“- „Die Stimme des Volkes“ - aus Kairo, erinnert er sich. Einen Fernseher hatten sie nicht. „Manchmal, wenn libanesische Sicherheitsleute uns gehört haben, dann haben sie an die Tür geklopft und uns angewiesen das Radio auszumachen“, erinnert sich Abu Wassim. „Das war schon eine schwierige Zeit damals.“ Palästinensische Geschäftsleute, die zu dieser Zeit aus den Golfstaaten kamen und in den Libanon investierten, waren im Libanon willkommen. Über 50.000 dieser wohlhabenden Palästinenser erhielten in der Zeit die libanesische Staatsbürgerschaft. Im Gegensatz zu anderen arabischen Staaten hat sich der Libanon geweigert, den Flüchtlingen die soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung zu geben. Dabei hatte ein Protokoll der Arabischen Liga von 1965 alle arabischen Staaten dazu aufgerufen, den Palästinensern die gleichen Rechte zu geben und sie einzubürgern. Eine Arbeitserlaubnis war für Palästinenser schon damals nicht zu bekommen, 1969 hatten nur 2.362 Palästinenser eine Arbeitserlaubnis. Bis heute haben die Palästinenser nicht das Recht in allen Berufen zu arbeiten. Laut dem Soziologen Sari Hanafi und einer Studie der UNRWA haben 2011 zwei Palästinenser eine Arbeitserlaubnis erhalten.

Die libanesische Regierung war seit 1943 unabhängig und wollte ihre neu gewonnene Unabhängigkeit von der französisch-kolonialen Vergangenheit sichern, indem sie sich vom aufkeimenden Panarabismus fernhielt, aber auch um sich vom israelisch-arabischen Konflikt loszusagen. Als Mit-

te der 1960er die so genannte palästinensische Revolutionsbewegung, ein Zusammenschluss verschiedener Widerstandsgruppen im Libanon, immer stärker wurde, und nach der Niederlage der Araber im Sechs-Tage-Krieg 1967 immer mehr Zulauf fand, wurden viele ihrer im libanesischen Untergrund operierenden Mitglieder von der libanesischen Armee getötet. Als die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) unter der Führung von Jassir Arafat 1970 Jordanien verlassen musste, kam sie mit all ihren Fraktionen nach Beirut und griff Israel von der libanesisch-israelischen Grenze aus an. Um die PLO unter Druck zu setzen, begannen verschiedene israelische Angriffe auf den Libanon. Da die libanesische Regierung den Palästinensern von je her kritisch gegenüberstand, hat die israelische Regierung gehofft durch diese Angriffe den Unmut der libanesischen Bevölkerung über die palästinensischen Flüchtlinge und die PLO zu schüren, schreibt Abbas Shiblak 1997 im Journal of „Refugee Studies“. Auch der Libanon wollte die PLO schwächen. Die Palästinenser im Libanon sahen im Erstarken der PLO allerdings eine echte Chance, um in ihre Heimat zurückzukehren.

8. Kurzer Hoffnungsschimmer

Unter der Vermittlung der Arabischen Liga 1967 handelten die libanesische Regierung und die PLO das Kairo Abkommen aus, das der PLO einige Vorgaben machte. Es ging um Waffenkontrolle und um Gebiete im Libanon, aus denen heraus die PLO operieren durfte. Auf der anderen Seite übergab man der PLO aber auch die Verwaltung der Flüchtlingslager. Das erste Mal seit 1948 widmete man sich der Frage, welche Rechte die Palästinenser haben sollten: Sie sollten fortan arbeiten und sich auch im Libanon frei bewegen dürfen. Das Abkommen wurde von libanesischer Seite nie implementiert, doch die PLO erstarkte dennoch weiter und wurde so zu einer nicht mehr zu ignorierenden Größe im Land. Das gab den Palästinensern eine sichere Basis, wenn auch nur temporär, und ermöglichte das Errichten der so genannten „Fakhani Republik“, benannt nach dem gleichnamigen Stadtteil in Westbeirut, wo die meisten PLO-Büros und andere palästinensische Einrichtungen ihren Sitz hatten. Viele Libanesen standen der Präsenz der PLO skeptisch gegenüber, hatten Sorge vor der Errichtung eines Staates im Staat. Diese PLO-Infrastruktur brachte den Palästinensern im Libanon jedoch viele Vorteile, bot Jobs und soziale Unterstützung. Die Bevölkerung in den Camps wuchs, und aus den einstöckigen Gebäuden wurden mehrstöckige, auch wenn das der libanesischen Regierung nicht gefiel. Obwohl die palästinensischen Flüchtlinge zwar nicht als gleichberechtigte Bürger im Libanon lebten, gab ihnen die PLO

ein Gefühl von Sicherheit: Es gab jemand, der sich um sie kümmerte und für sie sprach. Der Bürgerkrieg nahm im April 1975 mit dem Ausbruch offener Gefechte zwischen den maronitischen Kataib (auch Phalange-Milizen genannt) und palästinensischen und libanesisch-muslimischen Milizen seinen Anfang. Als Beginn wird häufig der 13. April genannt, als die Kataib nach einem Anschlag auf eine Kirche in Ain el Remmaneh die palästinensischen Insassen eines Busses auf dem Rückweg in ein Flüchtlingslager massakrierten. Doch die libanesische Gesellschaft kann sich weder auf ein wirkliches Datum einigen. Noch darauf wie die Geschehnisse fortgeschritten sind – daher wird das Thema Bürgerkrieg auch im Schulunterricht ausgeklammert. Die Ursachen des Bürgerkrieges werden unterschiedlich diskutiert. Während die einen vor allem den Konflikt mit den Palästinensern in den Vordergrund stellen, sehen andere die sich verschärfenden sozialen Unterschiede allgemein und im Besonderen entlang konfessioneller Grenzen als Ursache – besonders entlang christlich-muslimischer Grenzen. Wieder andere betonen die Einflussnahme äußerer Mächte. Diejenigen, die den Konflikt mit den Palästinensern betonen, heben dabei auf den Verlust des ethnischen Gleichgewichts ab nach der Ankunft der 1970 aus Jordanien vertriebenen bewaffneten Kräfte der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO. In dieser Stimmung versuchte Israel die PLO weiter zu schwächen und startete am 5. Juni 1982 eine lange und blutige Invasion in den Libanon. Im September 1982 kommt es zum Massaker von Sabra und Shatila durch israelische und christlich-libanesische Milizen. Die palästinensischen Führer mussten daraufhin Beirut verlassen und ins Exil gehen – nach Tunesien. Mit der Vertreibung der PLO aus Beirut haben die Palästinenser einige ihrer gewonnenen Rechte eingebüßt, das libanesische Parlament annullierte 1987 unilateral das Kairo Abkommen. Fortan gab es niemanden mehr, der die palästinensischen Flüchtlinge vertrat, für sie sprach und auch die Arbeitsrechte wurden wieder eingeschränkt, ebenso die Bewegungsfreiheit. Das alles sorgte dafür, dass der Graben zwischen Palästinensern und Libanesen größer wurde. Arafat versuchte aus Tunis heraus die Kontrolle über die Lager im Libanon zu wahren, fand es aber extrem schwierig, aus dem Exil für die Flüchtlinge zu sorgen. Als mit dem Abkommen von Taif 1989 und schließlich 1990 der Bürgerkrieg im Libanon zu Ende geht, einigen sich die PLO und die libanesische Regierung in ihren ersten politischen Gesprächen wieder darauf, dass die Libanesen auch wieder mehr Einfluss auf die Camps nehmen sollten. Man versprach der PLO sich auch um die zivilen Rechte zu kümmern, doch nichts davon wurde umgesetzt.

9. Der Friedensprozess und die Auswirkungen

Bei den Nahost-Friedensgesprächen in Madrid 1991 waren auch Syrien und der Libanon dabei. Gab es zu dem Zeitpunkt eine Stimmung von Einheit, so folgten der Konferenz keine Taten. Als das Abkommen von Oslo 1992 zwischen der PLO und der israelischen Regierung, die von der Arbeiterpartei angeführt wurde, unterschrieben wurde, besiegelte das auch gleichzeitig einen zusätzlichen Bruch zwischen Syrien und dem Libanon auf der einen Seite und der PLO auf der anderen. Syrer und Libanesen waren sauer darüber, dass Arafat ein Abkommen unterzeichnet hatte, das keine Berücksichtigung der Flüchtlinge außerhalb der palästinensischen Autonomiegebiete vorsah. Arafat schien für alle einen „faulen Kompromiss“ gemacht zu haben. Das Oslo Abkommen wirkte sich sofort auf die im Libanon lebenden Palästinenser aus: Eine anti-palästinensische Gruppe startete eine Kampagne und warnte die Bevölkerung des Libanon vor möglichen dauerhaften palästinensischen Siedlungen. Zunehmend wurde eine anti-palästinensische Rhetorik auch Teil der libanesischen Wahlpolitik. Palästinenser, die ein Visum für eine Reise bekommen hatten, mussten ab 1995 ein so genanntes „Re-entry“ Visum beantragen, damit sie wieder ins Land reisen dürfen. Nur die wenigsten haben es bekommen. Diejenigen, die bereits verreist waren, mussten es ebenfalls beantragen, bekamen es aber nie und durften somit nicht mehr zurück in den Libanon. Der 2005 ermordete Ministerpräsident Rafik Hariri sagte bei einem Treffen mit einer palästinensischen Delegation offen, dass der Libanon die Anzahl der Palästinenser im Land reduzieren wolle. Dazu kam, dass viele Geldgeber sich nach der Unterzeichnung der Oslo-Verträge auf die Palästinenser im Westjordanland und Gaza konzentrierten und ihre komplette finanzielle Hilfe an die dort lebenden Palästinenser ging. Da die palästinensischen Flüchtlinge im Libanon keine wirtschaftliche Gleichberechtigung genießen, hängen sie seither am Tropf des Hilfswerkes UNRWA. Doch die UNRWA ist jährlich unterfinanziert – mit bis zu minus 70 Millionen Dollar. Zudem hat 2001 der damalige Ministerpräsident Rafik Hariri ein Gesetz erlassen, das Ausländern – und somit auch Palästinensern – den Erwerb von Eigentum untersagt. Das sei ein schwerer Rückschlag gewesen, sagt UNRWA Direktor Roger Davies. „Wir konnten bei Gesprächen mit Regierungsvertretern nur darauf hinweisen, dass das die Lage der Palästinenser noch weiter verschlechtern wird.“

10. Heute im Libanon

„Die Palästinenser waren von Beginn an unwillkommen“, erzählt Abu Wassim aus dem Flüchtlingslager Burj el Shamali. Damals ging man aber noch davon aus, dass sich die Flüchtlingsfrage schnell lösen ließe. „Heute, 65 Jahre später, sind wir immer noch da“, sagt er. Mitverantwortlich für das schwierige Verhältnis zwischen Libanesen und Palästinensern seien die Geschehnisse vor und nach dem libanesischen Bürgerkrieg von 1975 bis 1990. Weil die PLO, die damals Jordanien verlassen musste, aus Beirut heraus Israel attackiert hat, machen viele Libanesen die Palästinenser für das schlechte Verhältnis zwischen Israel und dem Libanon verantwortlich. Der Zedernstaat und Israel befinden sich auch heute formal im Kriegszustand. Der Libanon wollte sich aus den regionalen Konflikten raushalten, machte die Palästinenser für die Unruhen verantwortlich und hatte Sorge vor einem „Staat im Staat“ mit dem Erstarken der PLO.

Viele libanesische Politiker begründen heute ihre palästinensische Flüchtlings-Politik nach außen damit, dass sie nicht wollen, dass sich die Palästinenser im Libanon wie zu Hause fühlen, dass sie sich nicht niederlassen sollen, damit sie weiter für ihre Heimat und einen eigenen Staat Palästina kämpfen. Sonst, so heißt es, würde sich an der Flüchtlingsfrage, die eine große Hürde im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern darstellt, nie etwas ändern. Sonst würden die Flüchtlinge ihr Rückkehrrecht aufgeben und die Resolution 194 würde nie umgesetzt. „Können sie sich vorstellen, dass jemand, der noch nie in seiner Heimat war, das Rückkehrrecht aufgibt?“, fragt Abu Wassim. „Das sind doch alles nur Ausreden. Man kann uns doch trotzdem unsere Menschenrechte geben. Ich will gar keinen libanesischen Pass. Ich will nur behandelt werden wie ein Mensch.“

Ein weiteres Argument für die schlechte Behandlung der Palästinenser ist die Sorge, dass permanente palästinensische Siedlungen das libanesisches System der „konfessionellen Demokratie“ und des „konfessionellen Proporz“ erschüttern könnten – die Libanesen haben Angst vor einem religiösen demografischen Wandel. Dieses System regelt genau, wie viele Sitze im Parlament und wie viele Positionen in der Regierung jeder einzelnen Religionsgemeinschaft im Land zustehen. Der Präsident muss ein Christ sein, der Premierminister ein sunnitischer Muslim und der Sprecher des Parlaments schiitischen Glaubens. Daher besteht die Sorge, dass die Einbürgerung oder Berücksichtigung von über 330.000 palästinensischen Sunniten - und damit 10 Prozent der libanesischen Bevölkerung - dieses System aus dem Gleichgewicht bringt. Um das zu verhindern, dürfen libanesische Frauen, die mit Palästinensern oder Ausländern verheiratet sind, keine Immobilien an ihre Kinder vererben, und auch die libanesisches Staatsbürgerschaft

können sie nicht an ihre Kinder weitergeben.

Doch würden junge Menschen, die noch nie auf palästinensischem Boden waren und ihr gesamtes Leben im Libanon verbracht haben, wirklich in einen Staat Palästina auswandern, wenn sie könnten? Muss sich der Libanon nicht an die Menschenrechtscharta halten, die er ratifiziert hat – auch in Bezug auf die Palästinenser?

11. UNRWA ist zuständig

An einer viel befahrenen Schnellstraße im Süden Beiruts liegt das Hauptgebäude der UNRWA Libanon - gut bewacht und von einer hohen Mauer umgeben, auf der in Blautönen Graffitis zu sehen sind. Graffitis, die alle etwas mit den Palästinensern zu tun haben. Das karierte Muster der Kufiya, dem Tuch, das vor allem durch Jassir Arafat bekannt und zum Symbol für den palästinensischen Freiheitskampf wurde, erstreckt sich über weite Teile der Wand. Aber auch das Gesicht einer Frau und eines Mannes, die hinter einem Fenster hervorgucken, Stromkabel, die von links nach rechts gespannt sind, sollen die Menschen und ihr Leben in den Flüchtlingslagern symbolisieren. Am auffälligsten jedoch ist der Schriftzug: „Dignity for all“ – „Würde für alle“.

Zur Betreuung palästinensischer Flüchtlinge infolge des ersten Palästina-Krieges wurde am 19. September 1948 der Sonderfonds UNRPR (United Nations Relief for Palestine Refugees) eingerichtet. Durch diesen Fonds sollten die Hilfsmaßnahmen für die palästinensischen Flüchtlinge koordiniert werden. Da dies jedoch nicht ausreichte, wurde die UNRWA gegründet, die am 1. Mai 1950 ihre Arbeit begann. Seither kümmert sie sich um die Grundbedürfnisse von mittlerweile rund 4,6 Millionen Menschen in der gesamten Region, davon über 460.000 im Libanon. Diese Zahl setzt sich zusammen aus den ursprünglichen 750.000 Flüchtlingen von 1948 und deren Nachkommen, die den Flüchtlingsstatus aufgrund des nichtvorhandenen Rückkehrrechts erben. Die UNRWA verwaltet die Lager nicht und ist auch nicht für deren Sicherheit zuständig, aber kümmert sich um die Bereiche Bildung, Gesundheit und Soziales.

Die UNRWA unterhält Einrichtungen in Jordanien, Syrien, Libanon, dem Gazastreifen und dem Westjordanland. Das reguläre Budget belief sich im Jahr 2010 und 2011 auf insgesamt 1,23 Milliarden US-Dollar. Dazu kommen Gelder für Sonderprojekte. Das Gros der Finanzierung wird durch freiwillige Zahlungen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sichergestellt. Bisher sind die USA die größten Sponsoren der UNRWA – mit einem Betrag von fast 240 Millionen Dollar jährlich, gefolgt von der Euro-

päischen Kommission mit über 175 Millionen Dollar. Auch Saudi-Arabien unterstützt die UNRWA, 2011 waren es 76,7 Million US Dollar, allerdings geht dieses Geld meist in Sonderprojekte und nicht in die alltägliche Versorgung. „In manchen Jahren geht es uns besser als in anderen. Was uns allerdings Anlass zur Sorge gibt, ist, dass wir ständig unterfinanziert sind“, sagt UNRWA-Libanon Leiter Roger Davies.

Ende April 2012 hatte die Organisation ein Defizit von fast 70 Millionen Dollar. UNRWA wird auf komplett freiwilliger Basis der Länder finanziert. Einige internationale Posten werden von UN-Geldern getragen.

Die finanzielle Unterstützung hat sich in den letzten Jahren nicht an die stetig wachsende Bevölkerung und ihre Bedürfnisse angepasst. „Außerdem“, so Roger Davies, Leiter von UNRWA Libanon, „sind die palästinensischen Flüchtlinge außerhalb der palästinensischen Autonomie nicht mehr im Fokus. Das Interesse an ihrer Situation scheint international nicht sehr groß.“

Viele Geberländer haben nach der Konferenz in Madrid 1991 und dem Oslo-Abkommen ihren Fokus auf die palästinensische Autonomiebehörde und die Palästinenser im Gazastreifen und im Westjordanland gelegt. Daher wächst der Unmut über die teilweise nicht angemessene Versorgung innerhalb der Camps. Die UNRWA sieht sich zudem ständig der Kritik ausgesetzt, dass sie sich in ihrer Unterstützung lediglich auf die humanitäre Unterstützung konzentriert und Gelder verschwendet, indem sie sie zum Beispiel in ein zusätzliches Büro in Washington D.C. investiert. Außerdem kritisieren Experten, dass im Fall der palästinensischen Flüchtlinge, der Flüchtlingsstatus weitervererbt wird. Das sei ein Vorteil. UNRWA Sprecher Christopher Gunness erklärte zu diesen Vorwürfen, dass die Palästinenser, die 1948 fliehen mussten, immer noch im Exil lebten. Nur in Einklang mit dem internationalen Recht könne die Problematik gelöst werden. „Es ist zynisch zu denken, dass die palästinensische Flüchtlingsproblematik sich auflöst, wenn man es schafft, die Palästinenser über den gesamten Globus zu zerstreuen.“

Ich habe den Leiter von UNRWA-Libanon, Roger Davies, getroffen und ihn zur Lage der Palästinenser und dem Verhältnis zum Libanon befragt:

Auszüge des Interviews:

Diana Hodali: Im Vergleich zu den Nachbarländern Syrien und Jordanien geht es den palästinensischen Flüchtlingen im Libanon besonders schlecht. Wie kann UNRWA das ausgleichen?

Roger Davies, Leiter UNRWA Libanon: Die Situation der palästinensi-

schen Flüchtlinge im Libanon ist sehr speziell. Sie dürfen nicht in Berufen arbeiten, in denen man Teil einer Gewerkschaft sein muss, sie dürfen kein Land oder Eigentum erwerben. Die Mehrheit der Flüchtlinge lebt in Armut und ist auch arbeitslos oder unterbeschäftigt. Daher sind die Ansprüche an UNRWA Libanon viel höher. Wir müssen Dienste anbieten, für die wir in anderen Ländern finanziell nicht aufkommen. Wir versuchen Palästinenser mit Arbeitslosenzentren in Kontakt zu bringen, wir müssen uns aber auch um die gesundheitliche Versorgung kümmern. 95 Prozent der Palästinenser im Libanon haben keinen Zugang zu Sozialversicherungen und müssen für Krankenhausaufenthalte bezahlen, eben wie Ausländer.

Wie viel Einfluss haben sie denn auf die libanesische Politik?

Wir haben nicht das Recht der libanesischen Regierung etwas zu diktieren. Denn am Ende des Tages ist es eine politische Entscheidung, auf die wir sehr wenig Einfluss nehmen können.

Warum behandelt die libanesische Regierung denn die palästinensischen Flüchtlinge so schlecht?

Das ist eine sehr politische Frage, die ich als UN Vertreter nicht beantworten kann. Aber aus meiner eigenen Perspektive würde ich sagen, dass es natürlich zum einen darum geht, das Gleichgewicht von Sunniten, Schiiten und Christen in diesem Land nicht durcheinanderzubringen (Anmerkung: Palästinenser sind überwiegend Sunniten, einige christliche Palästinenser sind aber auch im Libanon). Zum anderen sehe ich, dass die libanesische Gesellschaft die Palästinenser schon unterstützt, aber eben in dem Anliegen, dass sie ihr Rückkehrrecht nach Palästina gemäß Resolution 194 erhalten.

Wer tritt denn hier für das Rückkehrrecht der Palästinenser ein?

Das Mandat der UNRWA bedeutet, dass wir Dienstleistungen für die Palästinenser erbringen, bis die Resolution 194 angewendet wird und die Menschen ihr Rückkehrrecht oder ein Niederlassungsrecht bekommen. Wie auch immer die Lösung aussehen mag.

UNRWA sieht sich ständig der Kritik ausgesetzt, dass die Dienstleistungen nicht ausreichen. Wie gehen Sie damit um?

Wir haben in den letzten Jahren unsere Arbeitsabläufe und unsere Ressourcen aufgelistet. Wir haben es damit geschafft, die Nutzung unserer Res-

sources zu maximieren. So konnten wir sogar Geld in den Gesundheitsbereich umwidmen.

Haben sie es ebenfalls geschafft die Bildungseinrichtungen der UNRWA zu verbessern? Sie gelten als nicht besonders stark?

Ja, das lief allerdings überwiegend über die EU-Mittel. Wir haben unsere Lehrmethoden erneuert, wir verändern die Curricula und auch unsere Lehrbücher. In den letzten drei Jahren haben die Schüler daher besser abgeschnitten, vorher hatten sie massive Probleme.

Aber konnten sie damit auch die Schulabbrecher, die überwiegend junge Männer sind, zum Bleiben ermutigen?

Das ist eine unserer Hauptsorgen. Besonders die Jungs brechen in der Tat immer noch häufig die Schule ab. Das liegt zum einen an der Perspektivlosigkeit. Sie wissen, dass es schwer bis unmöglich sein wird an eine Universität zu gelangen. Aber auch viele andere Berufe mit Ausbildung sind tabu. Daher sehen sie keinen Grund mehr die Schule zu besuchen. Deshalb versuchen wir, diese jungen Menschen mit Arbeitslosenzentren in Verbindung zu bringen oder bemühen uns um Gelder für Stipendien, damit zumindest ein Teil der Flüchtlinge die Universität besuchen kann. Außerdem bemühen wir uns die Lernbedingungen zu Hause zu verbessern. Haben sie genug Strom, damit sie auch lernen können? Haben sie Augenprobleme? Wir wollen nicht, dass diese die Gründe für einen Schulabbruch sein können.

Sie sagten eben, dass das UNRWA die Curricula geändert hat. Bedeutet das auch, dass im Geschichtsunterricht jetzt auch über den Israel-Palästina-Konflikt geredet wird?

Ich muss mich korrigieren. Ich hätte korrekterweise sagen sollen, dass es darum geht, die Bücher zu verbessern, nicht so sehr die Curricula zu verändern.

Ich würde dennoch gerne wissen, ob über den Israel-Palästina-Konflikt geredet wird. Immerhin beklagen sich die Libanesen, aber auch die Lagerbewohner über eine zunehmende Radikalisierung der Flüchtlingslager.

Wir wissen einfach nicht, wie neutral dieses Thema von palästinensischen Lehrern vermittelt werden kann. Die Schüler lernen etwas über ihre palästinensischen Traditionen, Stickerie und Ähnliches. Wir sind eine UN-Organ-

nisation, wir unterrichten keine politischen Ereignisse und außerdem: Wessen Interpretation der Ereignisse ist die richtige? Es gibt einige umstrittene Daten und Ereignisse in der Geschichte. Und wir halten es nicht für sinnvoll diese Themen anzuschneiden.

Aber warum kann man an einer Schule nicht beide Seiten im regulären Geschichtsunterricht lehren? Es gibt ja bereits Bücher, die beide Sichtweisen in einem Buch vereinen.

Wir müssen auch Rücksicht auf unsere Hauptgeldgeber nehmen.

Meine Anmerkung: Die Hauptgeldgeber sind die USA.

E N D E

12. Von einer Mission zu einer Botschaft

„Botschaft des Staates Palästina“ steht vorne auf dem Gebäude im Süd-Beirut Stadtteil Jnah. Das Gebäude ist von einer Mauer umgeben, wer rein will, muss wie bei allen Botschaften durch einen Sicherheitscheck gehen. Es ist die erste und einzige Botschaft Palästinas. Einen offiziellen palästinensischen Staat gibt es zwar (noch) nicht, auch wenn die UN Vollversammlung Palästina den Beobachterstatus zugesprochen hat. Doch der Libanon wollte ein Zeichen setzen, zeigen, dass er fest hinter der Gründung eines palästinensischen Staates steht, damit auch die Flüchtlinge ihr Recht auf Rückkehr bekommen. Zwei Jahre ist es her, dass der Libanon die palästinensische Delegation in Beirut zu einer Botschaft Palästinas aufgewertet hat. Palästinenserpräsident Mahmud Abbas ist damals sogar in die libanesische Hauptstadt gereist, um die erste palästinensische Botschaft einzuweihen, die Flagge zu hissen. Abbas sagte damals, im August 2011: „Die palästinensische Flagge weht nun im Herzen Libanons und dem Herzen eines jeden Libanesen, der Palästina mag.“ Die Eröffnung der palästinensischen Botschaft in Libanon sollte ein Erfolg in den Beziehungen beider Länder darstellen, doch eine Verbesserung der Lebensumstände für die Palästinenser haben diese neuen diplomatischen Beziehungen nicht herbeigeführt, sagt der palästinensische Botschafter im Libanon, Ashraf Dabbour. Ein kurzes Interview:

Diana Hodali: Wie würden Sie die Situation für Palästinenser im Libanon beschreiben?

Ashraf Dabbour, Botschafter Palästinas im Libanon: Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Palästinenser hier im Libanon kein leichtes Leben haben. Das alltägliche Leben ist sehr schwer. Auch wenn uns unsere libanesischen Gastgeber bei unserem Anliegen das Rückkehrrecht in unsere Heimat zu erwirken, unterstützen, wünschen wir uns, dass sie den palästinensischen Flüchtlingen hier ihre Rechte geben, damit sie in Würde leben können. Das Arbeitsrecht sollte gelockert werden und auch das Recht auf Eigentum.

Erfolgt denn eigentlich auch Unterstützung für die Palästinenser von der Regierung Mahmud Abbas?

Natürlich. Es erfolgt eine finanzielle Unterstützung durch die palästinensische Autonomiebehörde für die libanesischen Flüchtlinge. Das Geld geht im Besonderen in die Bildung, weil wir wissen, dass das ein großes Problem ist, für die Flüchtlinge hier in Libanon. Es gibt aber auch Patenschaften: Palästinensische Familien aus dem Westjordanland unterstützen Familien im Libanon monatlich mit Geld. Das Problem ist, dass es den Flüchtlingen hier an so vielem fehlt, dass es – egal was wir machen – nie genug ist. Wenn man genau hinschaut, dann hat sich die Situation in den letzten Jahren überhaupt nicht verbessert, eher verschlechtert. Das liegt unter anderem auch an den Gesetzen, die Eigentum verbieten und dem restriktiven Arbeitsrecht. Wir hören immer wieder, dass man im Libanon Angst davor hat, dass sich die Palästinenser hier zu wohl fühlen könnten und nicht mehr gehen wollten. Aber das ist falsch.

Was entgegnen Sie denn den Menschen, die behaupten, dass die Palästinenser bei einer Besserstellung im Land oder gar einer Gleichstellung nicht mehr auf das Rückkehrrecht beharren?

Ich sage diesen Menschen, dass sie sich irren. Denn es gibt genügend Palästinenser, die damals zwar eingebürgert wurden, aber heute immer noch von sich sagen, dass sie Palästinenser sind. Sie würden nie auf ihr Rückkehrrecht verzichten. Palästina ist unser aller geliebtes Land.

Noch 35 Jahre – dann ist es 100 Jahre her, dass die ersten Flüchtlinge im Libanon angekommen sind. Etwa zur gleichen Zeit läuft für viele Flüchtlingslager auch die Bodenpacht ab. Wie und wo sehen Sie die Zukunft der palästinensischen Flüchtlinge?

Glauben Sie, dass wir in 35 Jahren noch hier sein werden? Ich glaube fest

daran, dass die Flüchtlinge bis dahin wieder in ihrer Heimat sind.

Ashraf Dabbour sagt von sich selber, dass er für alle Palästinenser im Libanon spricht. Er sei ihr Vertreter; die Botschaft sei für alle Belange der palästinensischen Flüchtlinge zuständig. Doch nicht jeder Flüchtling fühlt sich durch sie vertreten, denn immerhin ist der Botschafter ein Vertreter der palästinensischen Autonomiebehörde von Mahmud Abbas – also aus dem Westjordanland. Die Flüchtlinge, die im Libanon sind, stammen alle aus dem heutigen Israel. Sollte also jemals ein Staat Palästina in den Grenzen von 1967 anerkannt werden, dann wären die alten Häuser und Landstücke der Flüchtlinge im Libanon nicht Teil dieses Staates: Sie liegen im heutigen Israel. Wo würden sie also hingehen?

13. Die gute Seele will keinen libanesischen Pass

Bei meinem ersten Besuch im Libanon 2009 habe ich viel Zeit im Flüchtlingslager Shatila verbracht. Dieses Mal wollte ich noch andere Lager sehen, um zu erfahren, ob sich die Zustände der Lager ähneln. Immer wieder höre ich, dass die Situation im Burj el Barajne besonders prekär sei. Über eine Bekannte nehme ich Kontakt zu einer Bewohnerin des Camps auf. Kholoud. Die Palästinenserin wurde im Libanon geboren und hat ihr ganzes Leben in diesem Lager verbracht. Von da an verbringe ich besonders viel Zeit im Süden Beiruts, dort wo die Hisbollah das Sagen hat, dort wo das Lager „Burj el Barajne“ liegt. Der Marktplatz liegt inmitten des Flüchtlingslagers. Er ist etwa vier Meter lang und vier Meter breit – und er ist der mit Abstand größte Platz in dem Palästinenserlager. Die bunten Teller, Tassen und Tücher verleihen diesem sonst so trostlosen Flecken Erde ein bisschen Farbe. Jemand, keiner weiß mehr wer, hat diesem Ort den Namen „Picadilly Circus“ gegeben. Auch wenn hier weit und breit nichts blinkt, denn Strom ist Mangelware im Flüchtlingslager Burj el Barajne. Das Mini-Areal ist so etwas wie der soziale Mittelpunkt. Hier finden Versammlungen statt, trifft sich die Jugend und hier decken sich die Bewohner mit den notwendigsten Artikeln ein. Beim Blick auf die Preise wird schnell klar, dass es im Lager viel günstiger ist als in der Welt draußen.

Von dem Platz gehen sternförmig nach allen Seiten düstere Gassen ab. Autos gibt es nicht. Im Burj el Barajne kommt man nur zu Fuß voran oder auf kleinen Mopeds, besonders beliebt bei den Jugendlichen. Der Weg zu Kholouds Wohnung führt weg vom Markt durch ein Gewirr enger Gassen, manchmal nur einen Meter breit. Und den Himmel sieht man selten, weil sich über dem Kopf entweder Beton oder ein Gewirr aus Elektrokabeln befinden,

die lose von Haus zu Haus baumeln. Die Bewohner zapfen sich über die gefährliche Konstruktion den Strom ab. „Manchmal, besonders bei Regen, stirbt auch jemand an einem Stromschlag“, erzählt Kholoud auf dem Weg.

Das Flüchtlingslager Burj el Barajne wurde 1948 vom Roten Kreuz aufgebaut, für wenige Tausend Menschen. Heute drängen sich auf einem Quadratkilometer über 20.000 Einwohner. Manche Familien hausen bereits in dritter Generation in dem von Betonmauern umgrenzten Gelände. Die Menschen hier leben zwar nicht in Wellblechverschlängen, aber in illegal nach oben aufgestockten Häusern. Hier gibt es keinen Sportplatz, kein bisschen Grün, keinen Spielplatz, es gibt keinen Platz - für gar nichts. „Oft passt durch die engen Gassen noch nicht mal ein Sarg“, erzählt Kholoud.

Kholoud ist so etwas wie die gute Seele des Lagers. Sie kennt so gut wie jeden im Burj, wie es die meisten Bewohner abkürzen. Kholoud arbeitet im Camp in einer Nichtregierungsorganisation, die sich um Menschen mit Behinderung kümmert, aber auch als Übersetzerin. Ihr Englisch ist besonders gut, weil sie viel mit internationalen Organisationen zusammenarbeitet.

Als Kholoud das Lager und auch den Libanon das erste Mal verlassen hat, war sie 45. Gerade erst ist sie von einer einwöchigen Reise aus Kairo zurückgekommen. Ihr erster Auslandsaufenthalt. „Es war ein richtiges Freiheitsgefühl für mich“, erzählt sie. Der Eingang des Palästinenserlagers wird zwar nicht kontrolliert, die Flüchtlinge können das Burj verlassen und sich im Libanon frei bewegen. Aber es war etwas anderes, das Kholoud beeindruckt hat: „Es war wunderbar so unbeschwert durch die Straßen zu laufen, fern von den Konflikten, die wir hier haben. Wie das wohl wäre durch die eigene Heimat zu gehen?“ Kholouds Familie ist 1948 aus der Nähe von Haifa in den Libanon geflohen. Seither haben nur wenige Verwandte den Libanon verlassen, ein Onkel ist in den USA, ein entfernter Cousin in Deutschland. Um zu Kholouds Wohnung zu kommen, muss man eine steile, enge Treppe hochgehen. Dort lebt sie mit ihrem Ehemann, einer Tochter und einem Sohn. Die Wohnung ist verhältnismäßig groß, Strom hat sie aber auch nicht den ganzen Tag. Kholoud ist heute nicht alleine, sie hat Besuch von Rosemary Sayigh. Die gebürtige Britin hat lange Zeit als Journalistin gearbeitet und unterrichtete in den vergangenen Jahrzehnten an der Amerikanischen Universität in Beirut die Geschichte des Nahen Ostens. Ihr Spezialgebiet: Palästina und die Flüchtlinge. Gemeinsam mit Kholoud arbeitet sie seit zwei Jahren an einem Projekt, das sich „Oral History“ nennt. Sie und einige Helfer haben sich mit den „Ältesten“ des Burj el Barajne – auch „Generation Palästina“ genannt – getroffen und sie zu ihren Erinnerungen an Palästina befragt. Dabei ging es um viele verschiedene Aspekte: Traditionen, Gerichte, Akzente, Dorfstrukturen. Die Interviews haben sie aufgenommen, teilweise noch auf alten Kassettengeräten, und auf einer Internetseite ver-

öffentlich. „Ich habe so viel über Palästina gehört. Ich träume davon nach Palästina zu gehen. Und ich werde nie auf mein Rückkehrrecht verzichten“, sagt Kholoud. Ohne Zweifel geht es den Palästinensern im Libanon am schlechtesten. Begründet wurde die Ausgrenzung stets mit dem Argument, eine vollständige Integration der Flüchtlinge im Libanon erschwere ihre Rückkehr in die Heimat. „Ich will gar keinen libanesischen Pass“, sagt Kholoud. Ich will meine Heimat sehen. Das Argument der libanesischen Behörden sei fadenscheinig, sagt Rosemary. Selbst wenn Kholoud einen libanesischen Pass bekommen könnte, würde das nicht bedeuten, dass sie ihr Rückkehrrecht aufgabe. Außerdem sei es ihr Recht, sagt Rosemary Sayigh, die ihr ganzes Leben der Palästinenserthematik gewidmet hat. „Wahrscheinlich würden gar nicht alle zurückgehen. Aber den meisten wäre schon damit geholfen, wenn Israel zugeben würde, welche Rolle es bei der Vertreibung gespielt hat und es die Möglichkeit gebe, die Heimat zu sehen“, fährt Rosemary fort. Auch Kholouds Familie stammt aus dem heutigen Israel. Sollte es jemals einen eigenen Staat Palästina geben, dann würde dieser aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen bestehen. Gebiete, die für die dort lebenden Palästinenser, schon zu eng seien, sagt Kholoud. „Wenn wir jemals ein Rückkehrrecht bekommen, dann bedeutet das, dass ich in meinen Heimatort gehen will. Und der liegt weder im Westjordanland noch im Gazastreifen“, sagt Kholoud. Doch sie ist eher pessimistisch: „Niemand unterstützt uns dabei. Niemand. Noch nicht mal die Führung in Palästina.“ Die libanesischen Flüchtlinge könnten nicht viel tun, sagt Kholoud. Sie seien weder in ihrer Heimat, noch könnten sie aus der Entfernung dafür kämpfen – das sei schon unter Arafat schief gegangen. Manchmal organisierten sie aber Demonstrationen oder Lagertreffen auf dem Marktplatz, um über mögliche Protestaktionen zu reden. Rosemary Sayigh ist manchmal auch dabei. Sie lebt schon seit vielen Jahren in Beirut. Sie hat die Geschichte der Palästinenser hautnah mitbekommen: „Das größte Problem, das die Flüchtlinge hier haben, ist, dass sie keinen haben, der sie repräsentiert.“ Kholoud betrachtet auch die Botschaft nicht als ihren Vertreter. „Ich habe noch nie gehört, dass sie sich um unser Rückkehrrecht bemüht haben.“ Es ginge immer nur darum uns humanitär zu unterstützen, aber nie um „die Sache“, sagt Kholoud. In all der Zeit hieß es auch von libanesischer Seite immer, den Palästinensern sollte geholfen werden, ihre Lebensbedingungen zu verbessern; aber das Thema Rechte wurde ausgeklammert. In der libanesischen Presse ist oft zu lesen, dass Israel und die internationale Staatengemeinschaft die Probleme der Flüchtlinge verursacht hätten. Deshalb betrachte der Libanon die Palästinenser zwar als Brüder, denen man helfen müsse; aber das bedeute nicht, dass man ihnen Rechte einräumen müsse. „Das ist falsch, denn jedes Land, das Vertriebene aufnimmt, muss ihnen auch ein Minimum an

Rechten gewähren“, sagt die Palästina-Expertin Sayigh. Zumal der Libanon als eines der ersten Länder die Menschenrechtscharta ratifiziert hat. „Ich wünsche mir, dass zumindest meine Kinder eines Tages ihre Heimat sehen“, sagt Kholoud. „Ich denke nicht, dass ich das noch erleben werde.“ Heimat: - für Kholoud ist das Palästina, obwohl sie noch nie dort war. Der Libanon ist lediglich der Ort an dem sie lebt.

14. Perspektivlosigkeit überwinden

Walid ist ein intelligenter junger Mann. Äußerst selbstbewusst, offen, manchmal aber auch ein bisschen launisch, besonders dann, wenn er nicht genug Schlaf bekommt. Mittlerweile weiß der 20-jährige auch, was er sich für seine Zukunft wünscht. Er ist nie gerne zur Schule gegangen, aber immerhin arbeitet er jetzt: in einem Geschäft für Sanitärartikel. Walid lebt im Burj el Barajne. Dort liegt viel Vergangenheit und wenig Zukunft. Besonders für die jungen Menschen. Das Burj el Barajne ist ein Monster aus Stein. Die Menschen leben dort auf engstem Raum zusammengepfercht. Und speziell für Kinder und Jugendliche ist das Leben in dieser Enge ein Desaster. Die Hälfte der Bewohner soll jünger als 25 Jahre sein.

„Ich würde gerne in Beirut leben“, sagt Walid. Beirut City ist nur wenige Kilometer vom Palästinenserlager entfernt. Und manchmal fährt Walid auch in die anderen Stadtteile. Er belegt einen Kurs in Betriebswirtschaftslehre – es ist zwar keine Universität, aber immerhin eine Fortbildung. Beirut ist eine andere Welt: Die Innenstadt wurde nach dem Bürgerkrieg aufwendig renoviert. Die bösen Erinnerungen an die Vergangenheit sollten überbaut werden. Die Wunden der Stadt sollten heil gepflegt werden, nichts soll mehr an die Vergangenheit erinnern, an die 15 Jahre Bürgerkrieg von 1975 bis 1990. Lediglich die Zukunft zählt. Von den Verheerungen ist in der Innenstadt mittlerweile nur noch wenig zu sehen, auch nicht von den Wunden, die der Krieg mit Israel im Jahr 2006 hinterlassen hat. Lediglich ein ausgebrannter Kinosaal erinnert derzeit noch an die Geschehnisse, auch ein paar Häuser, die mit Einschusslöchern übersät sind. In das kernsanierte Zentrum Beiruts hat oberflächlich der Reichtum Einzug gehalten. Scheichs aus den Golfstaaten machen am Wochenende Shoppingtouren durch die Edelboutiquen. Wer es sich leisten kann, kauft bei Chanel, Dior oder Yves Saint Laurent ein.

Im Burj el Barajne sind die Menschen froh, wenn sie genug Geld zum Überleben haben. Das Camp wuchert seit 1948 und trotzdem hat man den Eindruck, dass sich die Zeiger nicht weiterdrehen. Viele der Nachfahren der Flüchtlinge leben noch heute in Camps. Die libanesische Gesellschaft, so

der libanesische Soziologe Antoine Messara, hält sich nicht mit der Vergangenheit auf. Die konfessionellen und religiösen Gräben wachsen zwar weiter, aber die Erinnerung an den Bürgerkrieg wird verdrängt. Das sei gefährlich, sagt er. Denn so könnten jederzeit wieder Spannungen auftauchen. Die Spannungen mit den Palästinensern hat bis heute aber niemand vergessen. Niemand hat vergessen, dass die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO sich am Bürgerkrieg beteiligt hat. Seitdem gelten für viele Libanesen die Palästinenser noch immer als potenzielle Unruhestifter, sagt Messara. Jobs bekommen sie nicht, allenfalls als Tagelöhner.

Bis zu sechs Stockwerke sind die Häuser im Burj el Barajne hoch, wird mehr Wohnraum gebraucht, setzen sie ein Stockwerk darauf – illegal. Irgendwo in diesem Labyrinth lebt Walid mit seinen Eltern und Geschwistern. Drei Zimmer hat die ganze Wohnung. Walids Eltern wurden auch schon im Camp geboren, ursprünglich stammt die Familie aus dem Norden Israels. Walid geht regelmäßig zur Arbeit, aber Spaß macht es ihm nicht. Er hätte lieber studiert. Aber dafür hat das Geld der Familie nicht gereicht und die UNRWA hat nicht die finanziellen Mittel, um für die Universitätsgebühren aufzukommen. „Besonders junge Männer empfinden ihr Leben hier als wertlos“, sagt Abu Mohamed. Er ist vom Sicherheitskomitee im Camp und kennt alle Familien, die im Burj leben. Alle. Für wenige Hundert Dollar im Monat sorgt er für die Sicherheit im Camp. „Einmal hat mich der palästinensische Botschafter gefragt, warum die Kriminalitätsrate in den Camps so gestiegen ist. Wir sollten doch besser auf unsere jungen Männer aufpassen“, fährt er fort. Da habe ich ihm gesagt, dass ich nicht weiß, wie ich in so einer Perspektivlosigkeit jemandem Hoffnung vermitteln soll. Sie bekommen doch nachher sowieso nur Handlanger-Jobs.“ Die UNRWA beklagt, dass besonders die Jungs frühzeitig die Schule hinschmeißen. Verschiedene Organisationen, darunter auch der „Zentrale Friedensdienst“ aus Deutschland, versuchen den Jugendlichen und jungen Erwachsenen Hoffnung zu vermitteln.

„Wir müssen unseren Leuten helfen“, sagt Abu Mohamed. Den Männern, deren Frust und Wut über ihre Aussichtslosigkeit häufig in Gewalt umschlägt, aber auch den depressiven Frauen, den Kindern, die in einer Umgebung aufwachsen, in der es keine Zukunft, keinen Platz zum Spielen gibt und die schon allzu oft mit zehn, elf Jahren das Vergessen im Rausch suchen. Abu Mohamed erzählt, dass der Drogenhandel und der Drogenkonsum im Camp derzeit boomen. Die libanesische Polizei hat zu den Lagern keinen Zutritt. „Trotzdem ist das Camp kein rechtsfreier Raum“, sagt Abu Mohamed. Kleinere Vergehen, Familienfehden oder Diebstahl innerhalb des Camps regelt das Komitee von Abu Mohamed. So die Abmachung mit der libanesischen Regierung. Sobald es aber um Mord oder Drogen geht, muss

das Komitee die Straftaten den libanesischen Behörden melden. Ein weiteres Problem ist die zunehmende Radikalisierung der Lager. „Wenn das Leben keinen Wert hat, ist es einfach, Gehirne zu waschen“, sagt Abu Mohamed. Verführer gibt es in Burj el Barajne zuhauf. Hier werden alte, tote Männer zu Helden verklärt. An den Häuserwänden kleben Plakate des hingerichteten irakischen Machthabers Saddam Hussein.

Das Libanesisch-Palästinensische Dialog Komitee widmet sich in seiner Arbeit besonders dieser Thematik, denn besonders der Waffenumlauf, aber auch die zunehmende Radikalisierung einiger Camps schade dem Libanon, sagt LPDC-Chef Khaldoun el Charif. Abu Mohamed und sein Sicherheitskomitee sind bemüht, die ständigen Spannungen zu entschärfen. In Gesprächen versuchen sie den Männern zu vermitteln, dass Konflikte nicht zwangsläufig mit Gewalt gelöst werden müssen. Es sei wichtig, dass sie früh über Alternativen zu Gewalt und Drogen nachdenken. Auch Walid war als Teenager auffällig geworden. Hatte die falschen Freunde und ist auch mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Drogenhandel. Doch das hat er hinter sich gelassen. Er will sich eine Zukunft im Libanon aufbauen, das Beste aus der Situation machen. Denn auch er glaubt nicht an eine Rückkehr in seine Heimat Palästina. Walid ist erst 20.

15. Rasha liebt die Kunst

Es ist immer noch unfassbar heiß in Beirut. Über 40 Grad bei Smog. Aber eigentlich ist es gar nicht so sehr die Hitze, die einem zu schaffen macht, sondern die Luftfeuchtigkeit. Man sucht also vergebens nach einem Schattenplatz, denn die Luftfeuchtigkeit bleibt ein ständiger Begleiter, der man nur in gut gekühlten Räumen entgeht – wenn man Strom hat. Früher waren es täglich drei Stunden, in denen im Libanon der Strom ausfiel – zumindest in der Hauptstadt – jetzt musste ich feststellen, dass es oft sechs Stunden am Tag sind. Der Libanon produziert nicht ausreichend Strom für seine Bevölkerung und die Regierung geht das Problem seit Jahren nicht an. Die Leitungen sind zu alt, einzelne Strombetreiber profitieren von den Notstrom-Generatoren, die sich die Bevölkerung für viel Geld zusätzlich kaufen muss, wenn sie nicht auf Strom verzichten will. Aber eigentlich darf man sich nicht beschweren, wenn man in Beirut City lebt: Geht man in die Flüchtlingslager der Palästinenser, dann haben die Menschen dort zwei bis vier Stunden Strom am Tag. Mehr nicht. Jeder, der mehr Strom möchte, besorgt ihn sich entweder illegal oder zahlt viel Geld für einen Generator – was sich allerdings die wenigsten leisten können. Rasha steht in einem dunklen Raum, der Strom ist mal wieder ausgefallen und es ist heiß an ihrem

Arbeitsplatz. Sie ist zwar erschöpft von ihrem langen Arbeitstag, aber sie ist fröhlich, lächelt. Gerade erst hat sie die Proben für ein Theaterstück beendet. Ein Theaterstück, das sie mit einer Kollegin und Kindern der Einrichtung „Beit Atfal el Soummoud“ auf die Beine stellt. Die Organisation kümmert sich um zusätzliche Bildungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche im Flüchtlingslager „Burj el Barajne“ in Südbeirut. In einer engen Gasse inmitten des ein Quadratkilometer großen Flüchtlingslagers befinden sich die Räumlichkeiten. Rasha kennt jeden Zentimeter im Lager. Sie hat ihr ganzes Leben dort verbracht. Sie arbeitet als Erzieherin. „In unserer Organisation versuchen wir den Kindern zu vermitteln, dass Bildung unser einziger Weg aus der Misere sein kann, wir wollen sie für Bildung interessieren. Bildung ist unser Schlüssel“, sagt Rasha. Doch Rasha macht nicht nur die Hausaufgaben mit den Kindern, sie bastelt mit ihnen, singt mit ihnen und sie studiert Theaterstücke für sie und mit ihnen ein. Und genau das ist es, was Rasha von einigen ihrer Kolleginnen unterscheidet: Rasha liebt die Kunst. Und Rasha liebt es, Palästina in ihre Kunst einzubinden. Daher widmet sie sich in ihren Theaterstücken oft ihrer Heimat, wie sie Palästina nennt – auch für sie ist der Libanon nur der Ort an dem sie unfreiwillig lebt. Ein Vater und eine Mutter haben sieben Kinder. Eines Tages wachen die Eltern auf und finden ihre Kinder nicht in ihren Betten. Der Vater begibt sich auf die Suche, durchquert fünf Städte, die durch verschiedene Symbole dargestellt werden. Ein Bild der Geburtskirche steht für die Stadt Bethlehem, ein Bild des Felsendoms repräsentiert Jerusalem, ein Sack Zitronen steht für den Ort Jaffa, Seifenstücke stehen für Nablus und bestickte Kleider repräsentieren Jericho. Überall wo der Vater vorbei kommt, fragt er die Bewohner wo er sich befindet und ob sie seine Kinder gesehen hätten. Die Bewohner beschreiben ihren Ort mit all seinen Eigenheiten. Und so führt das Stück die Kinder Schritt für Schritt auf eine Reise durch das Land. Bewusst erwähnt Rasha in dem Stück auch Städte, die im heutigen Israel liegen. „Meine Großeltern sind aus der Nähe von Jaffa in den Libanon geflohen. Meine Oma hat heute noch die Schlüssel für ihr Haus.“ Viele Flüchtlinge tragen noch die Schlüssel ihrer alten Häuser bei sich; auch die Grundstücksdokumente haben sie aufbewahrt. Der Schlüssel ist zum Symbol der palästinensischen Flüchtlinge geworden. „Wir versuchen den Kindern die palästinensische Tradition und Geschichte zu vermitteln, weil wir sie sonst jeden Tag ein Stück mehr verlieren“, erzählt Rasha. „Außerdem bekommen wir keinen Geschichtsunterricht in den UNRWA-Schulen. Dort habe ich so gut wie nichts über meine Heimat gelernt. Wir haben nur etwas über unsere Feiertage gelernt, mehr nicht. Alles was ich über Palästina weiß, habe ich selber gelesen oder von meiner Großmutter gehört.“

Da die Palästinenser im Libanon nicht auf libanesischen Schulen gehen

dürfen, stellt die UNRWA die Schulen; insgesamt 68 UNRWA-Schulen gibt es im ganzen Land, meist lehren dort palästinensische Lehrer, weil sie sonst im Land keine Anstellung finden. Aber auf dem Lehrplan für Geschichte sind die historischen Ereignisse zwischen Israel und Palästina nicht vorgeesehen, gar verboten. „Wir müssen uns daran halten“, sagt Libanon UNRWA-Direktor Roger Davies. Es gebe keine einheitliche Geschichtsschreibung, daher müsse man das Thema in der Schule ausklammern. Im Gegensatz zu den UNRWA-Büros in Syrien und in Jordanien muss sich das Hilfswerk nicht nur um die reguläre Schulbildung, sondern auch um die anschließende Ausbildung kümmern. Zwei Drittel der Jugendlichen über 15 Jahre schaffen den Schulabschluss nicht, das so genannte „Brevet“. Die Klassen sind überfüllt, die jungen Menschen sind lust- und perspektivlos. „Die meisten hier wollen einfach nur weg“, erzählt Rasha. „Wir bekommen keine Arbeitserlaubnis. Daher sehen viele keinen Sinn darin, die Schule abzuschließen. Wir wollen den Kindern schon im jungen Alter Spaß am Lernen vermitteln“. Manche Familien, fährt sie fort, würden jeden Cent sparen, um ihren Kindern eine Ausbildung zu ermöglichen, denn die UNRWA kommt nicht für die gesamten Kosten auf. Lediglich fünf Prozent der palästinensischen Flüchtlinge haben überhaupt einen Universitätsabschluss. Die Gelder der Hilfsorganisationen reichen nicht aus, um ein Studium zu ermöglichen.

Rasha lebt schon in dritter Generation im Lager. Ihre Mutter ist schon früh Witwe geworden, musste Rasha und ihre zwei Geschwister alleine durchbringen. Als Bäckerin im Flüchtlingslager. „Ich habe schon früh gelernt, dass ich nur etwas verbessern kann, wenn ich mich selber darum kümmere.“ Wenn Rasha nicht gerade mit den Kindern arbeitet, dann steht sie auch selber gerne vor mehr Publikum auf der Bühne. Mit einem kleinen Stand-up Comedy Programm ist sie bereits vor einem libanesischen Publikum aufgetreten. Manchmal schreibt sie auch Rap-Songs. „Ich will nicht berühmt werden“, sagt sie. Sie wolle aber, dass die Leute außerhalb des Lagers erfahren was sie drinnen bewegt, und zeigt dabei auf ihren Kopf und ihr Herz.

Rasha weiß genau, was sie will: Irgendwann will sie das Lager verlassen – und das wird sie auch. Denn Rasha hat einen Palästinenser kennengelernt, der zwar im Libanon aufgewachsen ist, aber mittlerweile in Nigeria lebt. Im August 2013 wird sie zu ihm dorthin auswandern. Und wenn sie mit dem nigerianischen Pass irgendwann mal ein Visum bekommt, dann will sie eines Tages nach Palästina reisen. Kontakt zur Organisation Beit Atfal el Soummoud will sie auf jeden Fall halten. „Wenn ich dann mal wieder zu Besuch komme, dann kann ich den Kindern von meiner Reise nach Palästina erzählen und ihnen Zitronen aus Jaffa und Seife aus Nablus mitbringen.“

16. Aspirin – das Allheilmittel

Der Saal füllt sich langsam. Männer, Frauen und Kinder aus dem Burj el Barajne sind im Gemeindezentrum zusammengekommen, um sich Rshas neues Theaterstück anzuschauen. Rasha steht als Mann verkleidet auf der Bühne und spricht mit verstellter tiefer Stimme zu ihrer „Frau“: „Ich habe solche Bauchschmerzen“, schluchzt Rasha in ihrer Rolle. „Dann geh doch in die UNRWA-Klinik“, erwidert Rshas „Frau“. „Du meinst, damit ich schon wieder drei Kopfschmerztabletten verschrieben bekommen?“, antwortet der Ehemann. Im Saal beginnt ein lautes Gelächter. Die Menschen können sich kaum noch auf den Stühlen halten. „Das ist unsere Realität“, sagt eine Besucherin leise. Tatsächlich ist das Thema Gesundheit neben der Bildung eines der großen Problempunkte für die palästinensischen Flüchtlinge im Libanon. In jedem Camp betreibt die UNRWA eine kleine Poliklinik, untergebracht in einem normalen Wohnhaus. Dort befindet sich täglich – von 7 Uhr bis 14.30 Uhr – ein Allgemeinmediziner. „Dort sind jeden Tag zwischen 100 und 130 Patienten“, sagt Mahmud el Adawi. „Sie können sich vorstellen, wie viel Zeit ein einzelner Arzt für die Patienten hat“. Mahmud arbeitet für eine Nichtregierungsorganisation, die sich „Medical Aid for Palestinians“ (MAP) nennt. An manchen Tagen kommen Fachärzte hinzu. Die Ärzte sind oft Palästinenser, weil die Camp-Kliniken der einzige Ort sind, an dem die studierten Palästinenser als Arzt praktizieren dürfen. Weil die finanziellen Mittel der UNRWA für die medizinische Versorgung nicht ausreichen, bietet die Organisation MAP mobile medizinische Versorgung an. Mahmud leitet oft Aufklärungskurse im Burj. „Wir haben festgestellt, dass die Menschen hier im Burj el Barajne in den vergangenen Jahren häufig Diabetes, Bluthochdruck, aber auch Allergien, entwickelt haben“, erzählt er. Die Ernährung, aber auch die Verschmutzung im Camp hätte dazu beigetragen. Die Ärzte in den UNRWA-Kliniken haben für Aufklärung keine Zeit. Sie können nur die einfachen medizinischen Fälle behandeln. Sobald es komplizierter wird, müssen die Patienten in eine libanesische Klinik außerhalb des Lagers überwiesen werden. Seit 2010 hat die UNRWA mit gut 40 Kliniken im ganzen Land ein Abkommen geschlossen, die die Palästinenser zu reduzierten Preisen aufnehmen. Denn das Problem ist: Die UNRWA kann die Behandlungskosten nur anteilig übernehmen. Wenn also eine Operation ansteht, dann müssen die Patienten sich auf die Suche nach Geldern machen. „Manchmal beteiligt sich die palästinensische Botschaft, meistens sind es aber islamische Wohlfahrtsorganisationen, die die Familien unterstützen“; sagt Mahmud. Antibiotika und Schmerzmittel stellt die UNRWA zur Verfügung, bei chronischen Krankheiten müssen die Flüchtlinge selber für die Medikamente aufkommen. Oft kein leichtes Unterfangen, denn im Durch-

schnitt verdient ein Arbeiter 200 Dollar im Monat. Palästinenser haben im Libanon kein Anrecht auf eine gesetzliche Krankenversicherung.

Hiba ist Kholouds Tochter: Sie hat durch einige Fortbildungen einen Job in einer libanesischen Firma bekommen und kümmert sich um die Buchhaltung. „Der Job ist gut“, sagt sie. Einziges Problem: Sie muss Steuern und Krankenversicherung abführen, kann die Versicherung aber nicht in Anspruch nehmen. Wer sichergehen will, der muss sich privat versichern. Nur das können sich die meisten nicht leisten. Mahmud ist trotzdem zuversichtlich, denn durch das Abkommen der UNRWA mit den libanesischen Kliniken hat sich in den letzten drei Jahren die medizinische Versorgung verbessert. Wenn die Kliniken in einer Hisbollah kontrollierten Region stehen, dann übernimmt auch manchmal die Partei Gottes die gesamten Kosten.

17. Vom Kämpfer zum Friedensaktivisten

Es war die Zeit in der der verstorbene Che Guevara das Vorbild vieler Kämpfer war, die keinen Sinn mehr darin sahen gewaltfrei für eine bessere Welt einzutreten. So war es auch für den Schüler Ziad Saab, der nach einer politischen Stimme für die Benachteiligten im Libanon suchte. Ziad wurde Mitglied in der Kommunistischen Partei des Libanon (KPL), der so genannten Hesb el Schu'i, und ließ sich in Moskau militärisch ausbilden. Die Libanesisch-Kommunistische Partei ist eine der ältesten konfessionsübergreifenden Parteien im Libanon und entwickelte sich ab 1944 aus der Syrisch-Libanesischen Kommunistischen Partei. Ziad begann mit 17 Jahren seine Karriere als Kämpfer im libanesischen Bürgerkrieg, auch an der Seite der Palästinenser. Im Süden des Libanon kämpfte er gegen die Israelis und im Norden gegen seine eigenen Landsleute – es war ein Bürgerkrieg, der entlang konfessioneller Linien ausgetragen wurde. In den frühen 1970er-Jahren stellte die KPL eine Miliz auf, die so genannte Volksgarde, die aktiv bei den Kämpfen 1975 und 1976 zu Beginn des Libanesischen Bürgerkrieges (1975-1990) teilnahmen. Während dieses Bürgerkrieges war die KPL Teil der Allianz Libanesischer Nationalbewegung und der PLO. Ziad und sein Freund Fouad waren schon zu Bürgerkriegszeiten Freunde. Heute sitzen die beiden Männer an einem Tisch des Starbucks Cafés in Hamra und erzählen über die Zeiten, in denen sie gemeinsam an der Front waren. „Wir wollten einfach etwas verändern im Libanon“, erzählt Ziad. „Stattdessen haben wir im Bürgerkrieg noch mehr zerstört, unser Land noch tiefer gespalten“. Im Libanon habe es schon immer konfessionelle Spannungen gegeben, bevor die Palästinenser überhaupt ins Land gekommen waren. Fouad, der seinen Nachnamen nicht nennen will, macht die Struktur der libanesischen

Republik für die Probleme des Landes und auch mit den Palästinensern verantwortlich. Lange Zeit war der Libanon französisches Mandatsgebiet. „Es gab Überlegungen den Staat aufzuteilen. Die maronitischen Christen wollten eigentlich einen eigenen Staat, während viele Muslime im Land sich auch vorstellen konnten zu Syrien zu gehören“, sagt er. Die Maroniten wollten die Dinge, die sie bei den Franzosen gesehen hatten. 1943 erst wurde der Libanon unabhängig. Das Jahr 1958, erzählt Ziad, sei allerdings für das kleine Land am Mittelmeer ein schwieriges Jahr gewesen. Es kam zur Libanonkrise zwischen pro-westlichen Christen und nationalistischen Muslimen in der Zeit des Kalten Krieges. Wegen seiner wirtschaftlichen Stabilität und seiner angestrebten politischen Neutralität nach seiner Unabhängigkeit, wurde der stark westlich oder französisch geprägte Libanon in den 1950er und 1960er Jahren auch als „Schweiz des Orients“ bezeichnet. „Der Libanon wollte einfach neutral bleiben, hat sich nicht am aufkommenden Pan-Arabisismus beteiligen wollen“, erzählt Ziad. In diesem Klima kamen die palästinensischen Flüchtlinge von 1948 an. Fouad erzählt, dass es Pläne gab, sie nach Syrien abzuschieben. „Die regierenden Christen hatten große Angst vor zu vielen Muslimen. Die Politiker wollten einfach wirtschaftliche Vorteile, wollten zum Westen gehören, andere wiederum haben den Anschluss an die arabische Welt gesucht. „Aus Angst vor zu viel Einfluss von muslimischen Palästinensern hat man ihre Bewegungsfreiheit in den Lagern massiv eingeschränkt. Aber mit dem Kairoer Abkommen, wurde die Lage besser für die Flüchtlinge. Arafat und seine PLO durften aus dem Süden heraus gegen Israel operieren. Wir haben den Süden des Libanon damals „Fatah-Land“ genannt. Und als es dann zum Bürgerkrieg kam, erzählt Ziad weiter, wollte man von der Kampfkraft der Palästinenser profitieren. „Sie sind ja überwiegend Sunniten, und da dachte die Regierung, dass sie sie als Unterstützung der eigenen Armee einspannen könnte.“ Das habe man natürlich nicht offen gesagt, aber Ziads Ansicht nach sei das so gewesen. „Oft wird gesagt, dass das Massaker an den Palästinensern im Bus in Ain el Remmaneh den Beginn des Bürgerkrieges markiert. In Wirklichkeit hätte jeder andere Anlass zum Ausbruch des Krieges führen können.“ Die Palästinenser, erzählt Ziad, hatten zu der Zeit viel Unterstützung im Inland. „Auch von mir und Fouad“. Das Problem war nur: Die Armee wollte die Palästinenser für ihre Zwecke nutzen, die PLO wollte ihre Ziele durchsetzen und gegen Israel kämpfen. „Wir haben uns während des Krieges immer vorgestellt, dass wir den Palästinensern dadurch ihren Staat zurückgeben können. Keine Ahnung wie“, sagt Fuad. „Wir waren naiv.“ Die Palästinenser haben heute weder einen Staat, noch ist ihre rechtliche, soziale und wirtschaftliche Lage besser geworden. „Im Krieg haben Hunderttausende ihr Leben gelassen, bis heute gelten noch Tausende als vermisst“, sagt er. Wir haben viel mitgemacht, und

viele Menschen, die heute noch leben, haben das alles noch in Erinnerung. „Das Problem ist, dass wir diese 15 Jahre nie aufgearbeitet haben. Nie. Der Krieg wurde einfach an einem Tag beendet - wie eine Kerze wurde er ausgepustet. Schluss, aus, vorbei.“ Die libanesische Gesellschaft habe durch diesen Krieg so viel verloren. Wir haben immer wieder versucht uns zu versöhnen. Viele haben gesehen, dass auch Palästinenser mitgekämpft haben und geben ihnen an den Geschehnissen eine Mitschuld.“ Ziad Saab weiß heute, dass der bewaffnete Kampf der falsche Weg war. Er hat sich zum Friedenskämpfer gewandelt.

Seit vielen Jahren arbeitet er mit beim „Permanent Peace Movement“, einer Organisation, die religionsübergreifend an Schulen im ganzen Libanon friedenspädagogische Aufklärung leistet. Und Aufarbeitung. Denn der Bürgerkrieg „wird in keinem Schulbuch behandelt“, sagt er. Keine Partei, erzählt er, äußert sich jemals laut zu den damaligen Ereignissen. Doch wer sich den Libanon anschaut, der kann sehen, dass das Land den Krieg noch nicht vergessen hat. Gebäude mit Einschusslöchern erinnern an die Geschehnisse. Nahe der Innenstadt ragt ein ausgebrannter hoher Turm in den Himmel – der Burj el Murr – der zu Zeiten des Bürgerkrieges von Scharfschützen genutzt wurde, um aus dem Hinterhalt auf den „Feind“ zu schießen. Der Turm wurde nach einer libanesischen Familie benannt, ironischerweise bedeutet das Wort „Murr“ im Arabischen auch „bitter“. Die religiösen und konfessionellen Gräben sind immer noch präsent. „Wir haben so viele innenpolitische Probleme“, fährt Ziad fort. „Unsere Verfassung benachteiligt ihre eigenen Leute. Frauen dürfen ihre Staatsangehörigkeit bei einer Heirat mit einem Ausländer nicht an ihre Kinder weitergeben.“ Die bestehenden Gesetze, sagt er, seien nicht nur gegen die Palästinenser gerichtet. Sie würden jeden Ausländer benachteiligen. „Allerdings muss man sagen, dass sie den größten Ausländeranteil im Land ausmachen, und natürlich auch sie damit gemeint sind“. Er ist der Meinung, dass die libanesischen Regierungen eine sehr rechte, nationalistische Politik betreiben. „Und das war schon immer so. Egal, wer an der Macht ist.“ Als 2001 das Gesetz erlassen wurde, das Ausländern den Erwerb von Eigentum verbietet, sei es dabei nicht alleine um die Palästinenser gegangen. Damit sollten auch die Golfstaatler getroffen werden, erzählt er, die zu der Zeit Land auf christlichem Gebiet erwerben wollten. Da Rafik al Hariri in seiner Koalition des 14. März auch mit christlichen Parteien koalierte, musste er sich mit ihnen absprechen. Im Libanon sei man aufgrund dieser konfessionellen Konstellationen immer gezwungen Kompromisse zu schließen, sich auf die Forderungen der Partner einzulassen. Sunniten, Schiiten und Maroniten koalieren miteinander. Wenn sie sich nicht einigen, dann verlieren sie ihre Partner“, sagt Fouad. Sein Freund Ziad

sieht genau darin das Problem. „Im Libanon wird zu wenig über die Menschen geredet, es geht zu oft um ihre Religion“, betont Ziad. „Die konfessionellen Linien im Libanon benachteiligen die Menschen. Und eben auch die Palästinenser.“ Den Libanesen gehe es immer darum, dass man sie nicht einbürgern wolle, damit sie das Gleichgewicht im Land nicht stören, aber auch damit sie ihr Rückkehrrecht nicht vergessen. „Aber man kann ihnen Menschenrechte geben, ohne, dass sie ihr Anrecht auf Rückkehr vergessen“, fügt Ziad hinzu. „Das Problem ist für mich viel mehr ein innerlibanesisches Problem, als eins nur mit den Palästinensern. Der Libanon hat Sorge vor religiösen Veränderungen.“

Die Kluft zwischen Palästinensern und Libanesen empfinde er in heutigen Zeiten immer noch als besonders groß. Das werde ihm bei seiner Arbeit in der Organisation immer wieder bewusst. „Als sei dort eine Mauer zwischen ihnen“, sagt Ziad. Daher arbeitet er aktiv an Begegnungsmöglichkeiten beider Seiten. „Wir haben in diesem Jahr eine Gruppe libanesischer Schüler mit in das Lager Shatila genommen. Einige von ihnen stammen aus Familien, die sehr anti-palästinensisch waren. Die Schüler wussten nichts über das Leben der Palästinenser. Und sie wussten schon gar nicht, dass sie unter solchen Bedingungen im Libanon leben. Sie waren sehr irritiert, hatten Mitgefühl.“

Ziad ist sich sicher: Wenn der Libanon Aufarbeitung betrieben hätte, die Überlieferungen des Bürgerkrieges nicht nur an den erzählten Geschichten hängen, die die Eltern und Großeltern aus ihrer ganz eigenen Perspektive – je nach Religion und Konfession – überlieferten. Dann würde es dem Land besser gehen. „Und wahrscheinlich auch den Palästinensern“. Es gibt keine gemeinsame Erinnerungskultur im Libanon. Wir stellen uns nicht unseren gemeinsamen Fehlern. Im Libanon gibt es keinen nationalen Gedenktag. Das Erziehungsministerium hat einmal einen Versuch unternommen, die Lehrbücher zu ändern, um eine gemeinsame Geschichte des Bürgerkrieges aufzuschreiben. Es hat sich eine Kommission gegründet, aber man konnte sich nicht einigen. „Hier im Libanon geht es immer um das Verdrängen, aber das ist nicht richtig. „Genau dagegen arbeiten wir mit unserer Organisation“. Wenn die Menschen mehr über die Geschehnisse wüssten, auch über die Palästinenser, dann wäre das Klima nicht so angespannt. Dann hätte man mehr Verständnis für den anderen.

Fouad ist allerdings verärgert über das Verhalten der internationalen Gemeinschaft. „Man kann doch nicht alles auf die UNRWA abwälzen und so tun, als sei es ausreichend den Palästinensern essen und ein Dach über dem Kopf zu geben“, sagt er. Sie haben ein Anrecht auf ihre Rückkehr oder auf

eine Entschädigung. Aber dafür scheint sich keiner mehr zu interessieren. Man kann doch das Flüchtlingsproblem nicht einfach zu einem Randproblem machen.“ Die Palästinenser hätten natürlich auch eine Eigenverantwortung und sollten ihre Lager intern besser strukturieren, um auch mit einer Stimme zu sprechen. „Im Libanon stellt sich nur nach außen hin die Hisbollah auf die Seite der Palästinenser – im Kampf gegen Israel. „Aber ich sehe nicht wirklich, dass sie sie auch politisch unterstützen“, sagt Ziad.

18. Die humanitäre Hisbollah?

„Ich mag die Hisbollah“, sagt Salwa. „Alles Heuchler“, sagt Manal. An der Rolle der Hisbollah in den palästinensischen Lagern scheiden sich die Geister. Klar ist, dass sich die Hisbollah als den libanesischen Widerstand gegen Israel sieht - in einer Linie mit dem syrischen Regime und dem Iran. Daher loben die einen Camp-Bewohner sie als Stimme der Palästinenser im Libanon, aber auch als humanitäre Helfer. Denn die Hisbollah spendet Geld für die Palästinenser in den Flüchtlingslagern. Die anderen hingegen werfen ihnen vor, nicht wirklich etwas zur Verbesserung der Rechtslage der Palästinenser beizutragen. Die Hisbollah war in den vergangenen Jahren Regierungspartei. De facto hat sie es nicht geschafft Gesetze zu verabschieden, die die Lebenssituation der Palästinenser vereinfachen würde. „Das liegt daran, dass sie sich mit anderen Parteien einigen müssen“, sagt Abu Mohamed vom Sicherheitskomitee Burj el Barajne. Und außerdem, fährt er fort, seien sich die verschiedenen palästinensischen Fraktionen, die in den Lagern das Sagen haben, nicht einig. „Mit wem soll die Hisbollah sich dann absprechen? Wir reden nicht mit einer Stimme.“

Die Umbrüche in Nordafrika und Nahost hat die Hisbollah einmal mehr auf die Seite der Führungen in Syrien und Iran getrieben. „Die Hisbollah hat andere Probleme als sich um unsere Anliegen zu kümmern“, sagt Abu Mohamed vom Sicherheitskomitee im Burj el Barajne. „Sie müssen dafür sorgen, dass der Krieg aus Syrien nicht auf den Libanon übergreift. Und gleichzeitig wollen sie ihren engen Verbündeten Baschar al Assad unterstützen. Die Hisbollah werde wohl kaum eine neue Front aufmachen – weder mit Israel noch innenpolitisch. Dafür ist die Situation zu fragil.“

19. Die Brückenbauer

2009 hat der damalige Ministerpräsidenten Fouad Siniora das „Libanesisch Palästinensische Dialog Komitee“ ins Leben gerufen. Ziel dieser Ein-

richtung ist es, die Lebensbedingungen für Palästinenser im Libanon zu verbessern, am Verständnis füreinander zu arbeiten und eine Verbindung zur libanesischen Regierung herzustellen. Heute leitet das Komitee Khaldoun el-Charif. Er ist erst seit wenigen Monaten im Amt und versucht sich einen Überblick über die größten Hürden zu verschaffen. „Und davon gibt es eine ganze Menge“, sagt er. Doch ganz neu ist die Problematik für ihn nicht. „Seit ich zwölf Jahre alt bin, dreht sich vieles in meinem Leben um die palästinensische Sache“, sagt Khaldoun el-Charif. Denn auch er hat die PLO im Libanon erlebt, hat den libanesischen Bürgerkrieg als Kind miterlebt. Die Menschen im Libanon, so El-Charif, hätten die Palästinenser nicht immer in guter Erinnerung: Angriffe auf Israel und die Sorge vor einem religiösen Ungleichgewicht. „So viele Probleme und Konflikte in der Region hängen an dem israelisch-palästinensischen Konflikt“. Auch wenn der Konflikt heute keine direkten Auswirkungen mehr auf den Libanon habe, so El-Charif. „Den Konflikt können wir Libanesen nicht lösen.“

Daher sei ein zentraler Punkt seiner Arbeit, die Gesamtstimmung zu verbessern, die Vergangenheit aufzuarbeiten. Große, wichtige Themen wie das Arbeitsrecht für Palästinenser oder das Recht auf Besitz: Darum kümmert sich das LPDC nicht. „Ich muss sehr genau überdenken, welche Themen ich angehe. Das ist ein sehr sensibles Thema. Ich versuche erst kleine Dinge zu lösen, die nicht sofort große Probleme zwischen den verschiedenen Parteien verursachen.“

Die Libanesen hätten dennoch immer die Sorge, dass, wenn man die Lebensbedingungen der Palästinenser verbessert, ihnen mehr Rechte einräumt, sie sich für immer im Libanon niederlassen würden.“ Das ist weder das Ziel des LPDC noch das Anliegen der Palästinenser, sagt der Direktor. „Die Palästinenser sind gekommen, um eine kurze Zeit zu bleiben. Jetzt sind sie schon 65 Jahre im Land. Wenn man die Flüchtlingslager besucht, dann sieht man, in was für einem schlechten Zustand sie sind. Es herrscht viel Armut, es gibt keinen Strom“, sagt er.“ Das sind die Dinge, die Khaldoun el-Charif problemlos angehen kann: Derzeit bemüht er sich um mehr Strom für die Lager. Heute habe die Situation der Palästinenser im Libanon keinen Einfluss mehr auf das Verhältnis zu Israel. Einzig die Hisbollah bestimme das Verhältnis zu Israel. Die Situation in den Camps könne allerdings die innere Sicherheit des Libanon gefährden, denn durch die desolate Situation der Palästinenser seien besonders die jugendlichen Männer schon häufig mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Außerdem seien viele Waffen in den Lagern im Umlauf. „Daher müssen wir bessere Lebensbedingungen für die Palästinenser schaffen, denn sonst zahlen wir den Preis dafür“.

Khaldoun el-Charif nennt sich selber „die Stimme der Palästinenser in der

libanesischen Regierung“. In Zusammenarbeit mit UNRWA hat das LPDC es kürzlich geschafft, eine Delegation aus dem libanesischen Parlament in ein Flüchtlingslager mitzunehmen. „Es war das erste Mal, dass libanesischer Politiker seit dem Ende des Bürgerkrieges ein Lager besucht haben“, erzählt der LPDC-Chef. Das sei immerhin ein Fortschritt für die gegenseitige Verständigung. Allerdings hat es das LPDC nicht leicht, seine grundlegenden Ziele – die Bewältigung der humanitären Probleme der palästinensischen Flüchtlinge – umzusetzen. Das Komitee beklagt das Fehlen einer einheitlichen palästinensischen Vertretungsbehörde der Flüchtlinge. Jedes Flüchtlingslager hat intern eine eigene Führung und ein eigenes Sicherheitskomitee – beides wird nicht gewählt, sondern ernannt. Und in jedem Lager haben daher unterschiedliche Parteien das Sagen. „Doch trotz der internen politischen Differenzen zwischen den palästinensischen Fraktionen müssen wir die humanitäre Lage der palästinensischen Flüchtlinge im Libanon verbessern“, betont El-Charif. Auf Dauer kann das jedoch nicht die Lösung sein. „Die Palästinenser müssen zurück in ihre Heimat gehen können, ist El-Charif der Meinung. Doch damit die Palästinenser ihr Rückkehrrecht bekommen, seien die anderen arabischen Staaten ebenso wie die restliche internationale Gemeinschaft gefragt. Wir wollen die Rechtslage der Palästinenser im Libanon verbessern, aber wir vom LPDC, sind nicht dafür die Palästinenser einzubürgern. „Sie müssen zurück nach Palästina. 65 Jahre bedeuten nichts in der Geschichte. Wir wollen nicht, dass Israel sich darauf ausruht, dass sie bei uns eingebürgert werden könnten“.

20. Dreißig Jahre Sabra und Shatila

Im September war Papst Benedikt XVI in Beirut. Es ist gut, dass er gekommen ist. In einer Zeit, in der der Krieg im Nachbarland Syrien tobt und in den Nachbarländern sämtliche Botschaften attackiert werden, Menschen wegen eines islamfeindlichen Films getötet werden. Im Norden des Libanon gab es erneut Ausschreitungen, eine Fast-Food-Filiale wurde verwüstet – ein Mensch kam ums Leben. Die Sicherheitsmaßnahmen sind hier so hoch wie noch nie. Alle sind bemüht, dass der Papstbesuch einigermaßen friedlich abläuft. Immerhin ist er unter anderem hier, um die Notwendigkeit des interreligiösen Zusammenlebens zu loben. Der Papst-Besuch fällt aber auf ein Wochenende, das für die Palästinenser im Libanon eine besondere Bedeutung hat: Vor 30 Jahren, im September 1982 während des Bürgerkriegs, kam es zu den Massakern in Sabra und Shatila, an den im Libanon lebenden Palästinensern. Die Massaker von Sabra und Shatila geschahen während der israelischen Invasion im Libanon 1982 und der Besetzung der libanesischen

Hauptstadt Beirut. Sie waren nur im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen jener Jahre möglich. Im Libanon tobte seit 1975 ein Bürgerkrieg, mittendrin unter anderem die PLO von Jassir Arafat. Dann, am 6. Juni 1982, kamen die Israelis. Ziel von Israels damaligem Verteidigungsminister Ariel Sharon, war die Zerschlagung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) unter Führung von Jassir Arafat. Drei Tagen haben die israelischen Truppen gebraucht, um ins südliche Sidon einzudringen. Das gesamte Gebiet südlich der Stadt nahmen die Truppen nahezu kampfflos ein. Nach zwölf Tagen standen sie vor den Toren der libanesischen Hauptstadt. Den Westteil Beiruts, die Hochburg der bewaffneten PLO-Kämpfer, hatten israelische Truppen umzingelt. Keine drei Monate später befanden sich die israelischen Soldaten mitten im Sumpf des libanesischen Bürgerkrieges.

Ende August 1982 überschlugen sich dann die Ereignisse. Jassir Arafat musste mit seinen Kämpfern den Libanon verlassen. Am 14. September 1982 fällt Milizen-Anführer und Präsident Bashir Gemayel einem Bombenattentat zum Opfer. Er war der Anführer der mit Israel verbündeten christlichen Miliz „Forces Libanaises“. Seine Anhänger beschuldigten die Palästinenser, für das Attentat auf den libanesischen Präsidenten verantwortlich zu sein. Einen Tag später drangen israelische Truppen nach Westbeirut ein und kesselten den Stadtteil Sabra und das Lager Shatila ein, in denen palästinensische und libanesische Zivilisten lebten. Niemand durfte mehr raus. Am 16. September ließen die Israelis dann ihre christlichen Verbündeten in die Lager hinein - christlich-libanesischen Milizen drangen in die Flüchtlingslager ein und töteten palästinensische Flüchtlinge. Mit Billigung der israelischen Truppen, unter ihrem Schutz und mit ihrer Hilfe, wüteten die christlichen Milizen zwei Tage in den Lagern und danach noch in dem nahegelegenen Sportstadion. Im Libanon wurde den Mitgliedern der christlichen Milizen, die am Massaker beteiligt waren, nie der Prozess gemacht. Wer heute durch die engen Gassen von Sabra und Shatila geht, über denen die Stromdrähte baumeln, trifft immer noch viele Menschen, die das grausame Geschehen beschreiben können. So wie Umm Ahmed. Sie hat das alles miterlebt und viel verloren.

21. Umm Ahmed hat alles erlebt

Umm Ahmed lebt in Shatila. Früher hat sie im angrenzenden Stadtteil Bir Hassan gelebt, das nicht zu dem Flüchtlingslager Shatila gehört. Umm Ahmed will ihren wahren Namen nicht sagen. Sie hat tiefe Augenringe, ist müde. Als Reinigungskraft verdient sie sich ein paar Dollar dazu. Ihr Mann ist mittlerweile verstorben, viel hat sie nicht zum Leben. Und ihre Geschich-

te scheint sie schon oft erzählt zu haben. Sie bricht in Tränen aus, wenn sie an die Geschehnisse vom September 1982 denkt. Am Tag des Massakers war sie gemeinsam mit ihrer Familie auf dem Weg, um ihren Pass zu verlängern. Die Stimmung auf den Straßen sei angespannt gewesen, sie habe gespürt, dass etwas anders sei als sonst, erinnert sich die 64-jährige: Überall in der Gegend waren israelische Soldaten positioniert, erzählt sie. Aber nicht nur: „An einer Kreuzung nahe des Shatila-Camps standen auf einmal auch Soldaten der libanesischen Armee.“ Die Soldaten kamen, forderten die Männer auf, sich auf eine Seite der Straße zu stellen. „Man hat sie dann der Nationalität nach sortiert: Palästinenser und Syrer auf die eine Seite, Libanesen auf die andere“. Frauen und Kinder sollten weitergehen. Dann hat man sie in das nahe gelegene Sportstadion gebracht. „Dort haben wir fast einen Tag verbracht“, sagt sie. „Als wir gehen konnten, habe ich meine Söhne überall gesucht. Umm Ahmed hat ihre zwei Söhne, damals 15 und 19, nie mehr wieder gesehen. Ebenso nicht ihren Bruder. Ihre Leichen wurden nie gefunden, sie konnte sie nie begraben. Stattdessen gibt es im Camp ein Massengrab. Die Verantwortlichen wurden nie zur Rechenschaft gezogen.“

22. Jeden Moment festhalten

Bei der Gedenkfeier zum 30. Jahrestag der Massaker von Sabra und Shatila ist auch Hisham dabei. Hisham habe ich bereits 2009 getroffen. Auch Hisham lebt in Shatila mit seiner Schwester Aisha und seiner Mutter. Hisham ist nicht nur da, um an der Gedenkfeier teilzunehmen. Er ist der Fotograf an diesem Tag, er soll die Veranstaltungen für den palästinensischen Verein „Najdeh“ in Bildern dokumentieren. Hisham ist einer der wenigen, die an der libanesischen Universität in Beirut studiert haben – arabische Literatur – er wollte aber schon immer lieber als Fotograf arbeiten und er hat es geschafft. Ein Mitarbeiter einer italienischen Organisation hatte ihm als Jugendlicher einmal eine Kamera in die Hand gedrückt und ihn gebeten, das Lager aus seiner Perspektive zu fotografieren. Durch Kontakte hat er danach einen Aushilfsjob in einer Werbeagentur in Beirut bekommen. Dort arbeitet er auch heute noch. Sein Chef sagt über ihn, dass er besonders fleißig und zuverlässig sei. Doch was er nicht sagt, ist, dass Hisham auch billiger ist als eine libanesische Arbeitskraft. Von seinem und vom Geld seiner jüngeren Schwester muss er die Familie ernähren. Sein Vater verstarb vor über 13 Jahren.

Seit 2005 dürfen die palästinensischen Flüchtlinge im Libanon in etwa 70 Berufen arbeiten - überwiegend handwerklicher Natur oder als Verkäufer. Sie brauchen für alle Berufe eine Arbeitserlaubnis, so wie die Auslän-

der, die in das Land kommen, um zu arbeiten. Hinzu kommt, dass eine Vielzahl von Berufen, vom Ingenieur und Apotheker bis zum Friseur, nur von Mitgliedern der jeweiligen Berufsverbände ausgeübt werden dürfen. Dort können Palästinenser jedoch nicht Mitglied werden. Berufe mit Bildungsabschluss waren bislang für sie tabu. Die libanesische Regierung begründete dies mit dem so genannten „Grundsatz der Gegenseitigkeit“: Ein Libanese könne im Ausland arbeiten, ein Ausländer auch im Libanon. Da die Palästinenser keinen eigenen Staat haben, könnten diese nichts zurückgeben, auch nicht, wenn Palästina als Mitglied der UN-Vollversammlung anerkannt wurde. Am 17.08.2010 stimmte das libanesische Parlament einem Gesetz zu, den Palästinensern künftig eine Arbeitserlaubnis für alle Berufszweige zu geben – also auch für akademische Berufe. Die Hoffnung war groß, sagt Hisham. Doch das Gesetz wurde bis heute nicht implementiert und somit auch nicht umgesetzt.

Hisham wurde 1980 im Flüchtlingslager Shatila geboren. Sein Vater kam im Alter von elf Jahren, nach der Staatsgründung Israels 1948, mit seinen Eltern als Flüchtlinge in den Libanon. Hisham wurde im Gaza-Krankenhaus geboren, hat insgesamt acht Geschwister und sechs Halbgeschwister. Ein Großteil leben aber bereits im Ausland – in Dänemark und auch in Russland, sagt er. Auch in Shatila leben 20.000 Menschen auf einem Quadratkilometer. Aus dem Gaza-Krankenhaus, einem großen grauen Betonklotz, ist mittlerweile ein Wohnhaus nahe dem Wochenmarkt von Shatila geworden, denn jeder Zentimeter in Shatila wird als Wohnraum benötigt. Lediglich für den Marktplatz ist noch ein bisschen Fläche übrig. Er ist größer als im Burj el Barajne, weil er an den Stadtteil Sabra grenzt. Überall kann man das Obst und Gemüse riechen, die geschlachteten Tiere, aber auch die Kanalisation. Die Bewohner von Shatila haben eine schlecht funktionierende Kanalisation. Wenn es in Shatila regnet, dann stehen die Straßen komplett unter Wasser. Die Fenster und Balkone sind von außen mit bunten Gardinen verhängt. Die Häuser in Shatila stehen so eng beieinander, dass sich die Bewohner nur mithilfe von Vorhängen ein bisschen Privatsphäre verschaffen können. In einer zwei Meter breiten Gasse bleibt er stehen: „Hier ist die breiteste Stelle in ganz Shatila. Die Straßen werden zum Glück gerade gepflastert. Es gibt keinen Platz zum Spielen für die Kinder. Das ist ein großes Problem hier im Lager.“ Shatila wurde während des Bürgerkrieges im Libanon fast komplett zerstört, alles musste mühsam aufgebaut werden – mit wenig Geld. Die Häuser sind in einem schlechten Zustand. Es sind nicht mehr nur Palästinenser, die dort leben, auch viele Syrer und Libanesen, die sich das teure Beirut nicht mehr leisten können, sind in das Flüchtlingslager gezogen. Daher wird vermutet, dass weit mehr Menschen in dem Camp leben. Auch in Shatila lässt die Stromversorgung zu wünschen übrig. Lose baumeln Strom-

drähte von Haus zu Haus in den engen Gassen von Shatila

Für den 33-jährigen Hisham sind die Folgen des Shatila Massakers immer gegenwärtig und Realität. „Shatila geht es nicht gut. Das, was damals passiert ist, hat seine Spuren hinterlassen. Wer kann, versucht hier raus zu kommen.“

Wenige Straßen vom Wochenmarkt entfernt wohnt Hisham mit seiner Familie in sehr bescheidenen Verhältnissen. Der 1,80 Meter große junge Mann muss sich ducken, um durch die Tür zu gehen. Im Flur steht ein Wäscheständer und rechts gehen zwei kleine Zimmer ab – ein Schlafraum für seine zwei Geschwister, ihn und seine Mutter. Der Putz bröckelt von der Wand. Auf dem Boden liegen Matratzen, links steht ein kleiner Schrank. Im Wohnzimmer stehen zwei alte Sofas und ein kleiner Schreibtisch. Es ist dunkel, denn der Strom ist mal wieder ausgefallen – wie so oft am Tag. Wasser ist gerade auch nicht vorhanden. „Es ist nicht immer leicht – ohne Wasser und ohne Strom auszukommen und irgendwie gewöhnt man sich auch nicht daran“. Hisham erzählt, dass er schon mehrfach Vorurteilen gegenüber Palästinensern begegnet ist – im Job, aber auch im Alltag. Doch das sei nicht die Regel, erzählt er. UNRWA Direktor im Libanon, Roger Davies, sagt, er habe den Eindruck, dass sich in den vergangenen Jahren ein größeres Bewusstsein für die schwierige Lage der Palästinenser entwickelt habe. Und ein Großteil der libanesischen Bevölkerung wolle auch, dass die Palästinenser ihren eigenen Staat bekommen. Aber sie sollten eben nicht im Libanon bleiben.

Auch wenn viele Libanesen daran glauben, dass die palästinensischen Flüchtlinge einmal zurückkehren wollen, für Hisham ist das nicht so klar: „Ich träume von Palästina, obwohl ich noch nie da war. Es muss das Paradies sein. Wenn ich könnte, würde ich es sofort bereisen. Aber mein Leben findet hier statt, und ich würde unter keinen Umständen in ein anderes Land flüchten wollen. Das will ich nicht.“

23. Iman sucht das private Glück

Auch in Shatila gibt es Träume. Sie sind versteckt unter einem Lärmteppich aus Stromgeneratoren, elektrischen Wasserpumpen und Kindergeschrei, hinter engen dunklen Gassen zwischen fünf- und sechsstöckigen Häusern, die an eine Patchwork-Decke erinnern. Hier noch eine Etage drauf gebaut, dort noch ein kleines Zimmer. In solch einem Wohnhaus lebt Iman mit ihrer Mutter und ihren drei Brüdern. Ihre zwei Schwestern haben Shatila verlassen, leben mittlerweile im Ausland. Das will Iman auch ger-

ne. Jeden Morgen fährt sie für umgerechnet einen Euro in den Westbeiruter Stadtteil Hamra - sechs Tage die Woche. Zu Zeiten des Bürgerkrieges verlief durch Hamra die Demarkationslinie zwischen Ost- und Westbeirut und Hamra war rein sunnitisch geprägt. Heute ist davon nichts mehr zu spüren. Hamra ist Magnet für jeden, der nach Beirut kommt, ob Libanese oder Ausländer, ebenso Magnet für Aktivisten wie für die Schickeria. Und viele aus der reichen Oberschicht des Libanon sind Kunden von Iman. Iman arbeitet in einem Schönheitssalon, genauer: Sie verschönert die Hände und Füße von Frauen und Männern. In der ersten Etage eines Hochhauses sitzt sie an einem pinkfarbenen Tisch und feilt die Nägel einer jungen Libanesin. Sie selbst ist eher dezent zurechtgemacht. In Shatila, erzählt sie, sind viele Menschen konservativ. Viele Frauen würden Kopftuch tragen und weite Kleidung - da wolle sie nicht noch mit viel Schminke auffallen. Iman ist eine offene, fröhliche Person. Sie unterhält sich mit allen ihren Kunden, über Gott und die Welt, wie sie sagt. „Ich habe noch nie ein Problem mit einer Kundin gehabt wegen meiner Herkunft“, sagt die 24jährige Palästinenserin. „Nur einmal hat sich eine Frau negativ über Palästinenser geäußert.“ Iman verheimlicht nicht, dass sie Palästinenserin ist. „Aber ich sage nicht jeder Kundin, dass ich in Shatila lebe.“ Shatila ist ein trister, überfüllter Ort – der Salon, in dem sie arbeitet, ist laut und bunt. „Ich arbeite hart, aber wenn ich den ganzen Tag in Shatila wäre, dann würde ich depressiv werden.“ Für junge Männer gibt es schon nichts zu tun in Shatila, oft stehen sie einfach nur vor den Geschäften und beobachten das Treiben im Lager. Die Frauen bleiben meistens zu Hause. „Ich kann auch nicht abends ausgehen – das sieht meine Mutter nicht gerne. Außerdem kann ich nicht nachts zurück ins Lager kommen – das ist zu gefährlich.“ In den vergangenen Jahren hat sich die Sicherheitslage in den Flüchtlingslagern verschärft. Waffen sind im Umlauf, Drogen auch. Wie im Burj el Barajne herrscht auch dort besonders unter den jungen Männern Perspektivlosigkeit. Dabei würde Iman gerne jemanden kennenlernen. „Aber das kann ich natürlich nicht, wenn ich nur von meinem Zuhause zur Arbeit fahre und zurück.“ Iman träumt davon, eine eigene Familie zu gründen. Mittlerweile sei sie immerhin 29 Jahre alt. „In meinem Alter sind die meisten Frauen hier schon verheiratet.“ Aber Iman wünscht sich mehr: „Jeden Tag sehe ich in meinem Salon die Frauen, die sich so viel leisten können, ausgehen, verreisen.“ Das kann Iman nicht. Für nur wenige Länder bekäme sie mit ihrem Flüchtlingspass ein Visum, und wenn, dann ist es mit langer Wartezeit verbunden. In Shatila herrscht Stillstand. Als sei die Welt stehen geblieben. Manchmal geht Iman nach der Arbeit in eines der Cafés in Hamra. Dort fühlt sie sich frei. An den Nachbartischen im T-Marbouta, ihrem Lieblingscafé, habe sie schon oft Gruppen von Libanesen gesehen, die Aufkleber mit dem Wort Palästina auf ihren MacBooks kleben

haben oder gar die Kufiya tragen. „Ich hätte gar nichts dagegen einen Libanesen kennenzulernen“, sagt Iman. „Aber ich weiß nicht, wie er es findet, wenn ich ihm sage, dass ich in Shatila lebe.“

24. Ein paar abschließende Gedanken

Khalil Makkawi hat einmal gesagt, dass Libanesen und Palästinenser eine „gemeinsame, schmerzhaftige Vergangenheit haben“. Über 60 Jahre lang hätten sich Probleme, Missverständnisse und Vorurteile angesammelt. Es gelte, diese zu überwinden. Khalil Makkawi war von 2005 bis 2009 der Präsident des „Libanesisch-Palästinensischen Dialog Komitees“. Dem LPDC ist zwar der Wiederaufbau der Beziehungen zwischen libanesischen und palästinensischen Vertretern gelungen, doch die Beziehung zwischen den beiden Gemeinschaften im Libanon ist immer noch sehr stark durch einen Mangel an Vertrauen und Verständnis geprägt. Für mich war es gar nicht schwer, Kontakt zu den Palästinensern in den Lagern zu knüpfen. Mein Arabisch ist so eindeutig palästinensisch, dass ich über die Sprache eine Brücke zu den Menschen aufbauen konnte. Ich habe Einblicke in das Zusammenleben der Palästinenser im Libanon und dem Leben in den Flüchtlingslagern bekommen. Die persönliche Erfahrung „Flüchtlingslager“ war erschütternd, zu sehen, dass Menschen nicht mehr in ihre Heimat können, obwohl es eine Resolution der Vereinten Nationen gibt, die ihnen das zugesteht – oder zumindest eine Kompensation. Die Palästinenser erfahren Hilfe nur auf humanitärer Ebene. Und das noch nicht einmal ausreichend.

Die meisten Bewohner der Camps haben keine Arbeit. Man wartet, aber worauf? Der Libanon will die Flüchtlinge loswerden, doch in ihre Heimat werden sie niemals zurückkehren können. Und auch ein möglicher künftiger Staat Palästina würde bei Rückkehr der insgesamt fast vier Millionen Flüchtlinge kollabieren. Außerdem könnten sich die meisten Flüchtlinge eine Rückkehr zudem nicht leisten. Würde der Libanon also wirklich wollen, würde die internationale Gemeinschaft also wirklich wollen, dass sich die Flüchtlingsfrage irgendwann klärt, dann dürfte man die Palästinenser nicht in Armut leben lassen. Selbst die Arabische Liga spricht nicht mehr von einem Recht auf Rückkehr, sondern nur davon, dass eine „gerechte Lösung“ in der Flüchtlingsfrage gefunden werden müsse. Wie die aussehen soll, weiß freilich niemand.